

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schiller-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Telefon:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangitoren. — In vorliegendem durch alle deutschen Postämter ausföhrlich betriebl. — Bezugs-Verhältnisse können auch entgegen: in Wiesbaden bei der Druckerei „Wiesbadener Tagblatt“, in allen Teilen der Provinz bei den Postämtern und in den Hauptstädten bei den Postämtern und im Ubergang die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einblättriger Spalte; 20 Pfg. für Anzeigen abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfl. für lokale Anzeigen; 2 Pfl. für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unentbehrlicher Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Wiederabdruck: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr mittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt H 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Stellen wird keine Gewähr übernommen.

Donnerstag, 19. März 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 131. • 62. Jahrgang.

Der 65. Geburtstag des Herrn v. Tirpitz.

Der hochverdiente Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral v. Tirpitz, begeht heute seinen 65. Geburtstag. Aus diesem Anlaß werden einige Daten aus dem Leben des bedeutenden, mit der Geschichte der deutschen Flotte für immer mit seinem Namen ehrenvoll verbundenen Staatsmanns willkommen sein:

Alfred v. Tirpitz wurde am 19. März 1849 in Küstlin als Sohn eines Appellationsrats geboren und trat am 24. April 1865 als Kadett in die damals preussische Marine ein. Seine Laufbahn gestaltete sich folgendermaßen: Seeladett 24. Juni 1866, Unterleutnant zur See 22. September 1869, Leutnant zur See 25. Mai 1872, Kapitänleutnant 18. November 1875, Korvettenkapitän 17. September 1881, Kapitän zur See 24. November 1888, Kommodore 13. Mai 1893, Vizeadmiral 5. Dezember 1899, Admiral 14. November 1903 und Großadmiral 27. Januar 1911.

Bis 1876 war Tirpitz mit Unterbrechungen in den verschiedensten Stellungen kommandiert. Er gehörte von 1877 bis 1879 der Torpedo-Versuchs- und Prüfungs-Kommission an, war von 1879 bis 1886 mit Unterbrechungen kommandiert zur Dienstleistung in der Admiralität, in den Jahren von 1878 bis 1884 Kommandant von „Vieten“ und „Blücher“ (Torpedoveruchsschiff), in den Sommermonaten 1884 bis 1887 Chef der Torpedobootsflottille und in der Zwischenzeit, 1886 bis 1888, Inspektor des Torpedowesens. Von 1889 bis 1890 war Tirpitz Kommandant von „Preußen“ und „Württemberg“, darnach bis 1892 Chef des Stabs der Offizierskategorie, von 1892 bis 1895 Chef des Stabs des Oberkommandos der Marine und 1896 bis 1897 Chef der Kreuzerdivision.

Am 15. Juni 1897 erfolgte seine Ernennung zum Staatssekretär des Reichsmarineamts und am 28. März 1898 die zum preussischen Staatsminister. Am 12. Juni 1900 wurde Tirpitz in den erblichen Adelsstand berufen; er erhielt am 27. Januar 1907 den Schwarzen Adlerorden, 1912 die Brillanten zu diesem Orden. Im Jahre 1908 wurde er ins Herrenhaus berufen.

Das große Verdienst des Herrn v. Tirpitz an der Entwicklung der deutschen Flotte in den letzten 16 Jahren ist unbestritten. Durch die Flottenpläne von 1897 schuf er die Grundlage zu dem Ausbau der Flotte nach einem auf eine Reihe von Jahren festgesetzten Bauplan, das Flottengesetz vom 14. Juni 1900 hat dann diesen Bauplan erweitert und ein Programm für den Ausbau der Flotte bis zum Jahre 1917 festgesetzt; ergänzt wurde es inzwischen durch die Novelle von 1907, in der die Lebensdauer der Linienschiffe und Kreuzer auf 20 Jahre herabgesetzt wurde, und die von 1912, in der die Bildung eines dritten aktiven Geschwaders vorgesehen wurde, ferner eine Vermehrung der Unterseeboote und die Anschaffung einiger Luftschiffe.

Unter Kaiser Wilhelm II. ist es keinem Minister oder Staatssekretär möglich gewesen, so lange im Amt zu bleiben wie Herr v. Tirpitz, der sich des Vertrauens des Monarchen im hohen Maße seit langen Jahren erfreut. In den letzten Jahren holte er auch eine sehr große Klugheit zu spüren verstand. Er wußte sich allenthalben, auch auf der linken, Freunde zu erwerben, und selbst mit der Opposition sich auf guten Fuß zu stellen. So ging es jahraus, jahrein, und man entsinnt sich noch des einmal bestehenden Moments, wie in einem Jahr, wo auf dem Gebiet der Außenpolitik die Dinge auf des Meisters Schneide standen, der Marineetat glatt und ohne jede Debatte genehmigt wurde. Man muß auch

sagen, der Staatssekretär hat dieses Vertrauen niemals mißbraucht, er ist ruhig seines Wegs geschritten, stets sein Ziel im Auge, obwohl es nicht an Stürmern und Drängern fehlte, die weit über das hinaus wollten, als er selber verantworten zu können meinte. In allen politischen Lagern wird man daher der Verdienste des heute 65jährigen — dessen organisatorisches Werk am besten für ihn spricht — mit warmer Anerkennung gedenken.

Politische Übersicht. Der Bischof von Paderborn als Nachfolger des Kardinals Kopp.

Unter den vortausendlichen Nachfolgern des Kardinals Kopp ist auch der Bischof von Paderborn, Dr. Schulte, genannt worden, gerade derjenige Bischof, mit dem Kardinal Kopp kurz vor seinem Tode in Differenzen geriet. Offiziell wird diese Kandidatur anscheinend lebhaft begrüßt, denn dem „Neuen Politischen Tagesdienst“ wird geschrieben: „Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Regierung einer Kandidatur des Paderborner Bischofs gern ihre Zustimmung erteilen würde. Schon die Wahl Dr. Schultes zum Bischof von Paderborn war in dieser Beziehung von Bedeutung wegen des großen Wohlwollens, das der Kaiser seinem Vorgänger, dem Bischof Dr. Schneider, entgegenbrachte. Die persönlichen Eigenschaften Bischof Schultes bieten jede Gewähr für dauernde gute Beziehungen zwischen der Staatsregierung und der Kirche. Ihm wird mit Recht trotz seiner Jugend eine milde, verständliche Stimmung nachgerühmt, die er als Priester wie als Mann der Wissenschaft stets befandete. Seine Auffassung über die Beziehungen der Kirche zu Kaiser und Reich geht wohl am besten aus den Worten hervor, mit denen er sein erstes Kolleg nach der vollzogenen Wahl einleitete und die man als programmatisch für seine Haltung als Bischof auffassen darf: „Kämpfen und streiten wir, damit in allem und von allen gegeben werde dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Was an dem hochtragenden Siegel dieses alten ehrwürdigen Hauses in großen goldenen Lettern geschrieben steht: Deo et Patria — für Gott und Vaterland, das sei unser Leitspruch für alle Lebenszeit.“ Dr. Schulte steht gegenwärtig im 42. Lebensjahre, er gelangte mit 33 Jahren zur Bischofswürde, in einem Alter, in dem seit mehr als hundert Jahren kein Priester zum Bischof gewählt wurde.“

Zur Pariser Bluttat.

O Berlin, 17. März.

Von dem menschlichen Interesse, das die Tat der Frau Caillaux überall erregen muß, braucht hier als von einer Selbstverständlichkeit nicht gesprochen zu werden. Das Interesse gilt der unglücklichen Frau ebenso wie ihrem bedauernswerten Opfer. Für uns und von unserem Standpunkt aus ist es in diesem Augenblick ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger, uns der Frage zuzuwenden, welche Wirkungen die rasche Tat auf die innere Politik in Frankreich und so mit unter Umständen auch auf die auswärtige Politik haben wird. Kein französischer Staatsmann unserer Tage hat so heftige und erbitterte Feinde wie Caillaux, die reaktionären Parteien, denen besonders seine Einkommensteuerepläne ein Grauel sind, werden jetzt ihren Feldzug gegen das Ministerium Doumergue, ohne Rücksicht darauf, daß Caillaux inzwischen ausgeschieden ist, mit verdoppelten Kräften fortsetzen, und man kann gewiß nicht sagen, daß das radikale

Ministerium diesen Kampf leicht zu nehmen hat. Das offenbar geschickt organisierte Treiben der Pariser Royalisten bringt zwar nicht vorbildlich für die Stimmung in den Provinzen zu sein, aber das Beispiel kann ansetzend wirken, und jedenfalls geht das Ministerium kritischen Tagen entgegen. Nun könnte man sagen, und Deutschen dürfte es verhältnismäßig gleichgültig sein, wer in Paris am Ruder sitzt; denn alle Parteien ständen uns gegenüber auf demselben Boden der unbefehrbaren Abneigung, sie alle exultierten den Tag der Abrechnung mit uns, was schon die Verhältnisse beweise, mit der sie sich ablösenden Regierungen die dreijährige Dienstzeit verlangt und durchgesetzt haben. Man könnte so sagen, aber ganz richtig ist es doch nicht. Je weiter das Räderwerk der politischen Grundstimmung in Frankreich nach rechts ausschlägt, desto schlimmer für den Weltfrieden. Ein Ministerium von nichtradikaler Färbung, das seine Stützpunkte im Nationalismus, Royalismus und Merkantilismus suchen müßte, geriete um so eher in die Gefahr, sich zur Erhaltung seiner Macht in Abenteuer zu stürzen, wobei ehrgeizige und talentvolle Generale die bereitwilligsten Helfer wären. Es ist ja noch nicht so weit, daß solche Möglichkeiten als unmittelbar drohend behandelt werden müßten, aber die Entwicklung könnte diesen Weg nehmen, wenn es den jetzigen Machthabern nicht gelingt, sich der Wirkungen zu erwehren, die von der verhängnisvoll unklugen Tat der Frau Caillaux zu erwarten sind und die sich bereits in der Parteinahe der hauptstädtischen Massen für den konservativen „Figaro“ und seinen bisherigen Chefredakteur anzeigen. Für den Beruf des weltlichen Geschlechts zur praktischen Politik hat Frau Caillaux gerade kein rühmliches Zeugnis abgelegt, sie hat ihr eigenes Schicksal und die Laufbahn ihres Mannes vernichtet, sie hat der Demokratie Schaden zugefügt und vielleicht sogar der Republik einen Stoß versetzt. Sie hat von alledem das Gegenteil gewollt, sie ist gewiß ein gefühlsvolles Wesen, aber ihre stärkste, nur freilich negative Eigenschaft bleibt doch ihr Mangel an Einsicht, Voraussicht und elementarster Klugheit.

Deutsches Reich.

LO. Das Fideikommiß und das Rittergut sind die schlimmsten Gegner jeder gesunden Bevölkerungsentwicklung — das geht aus Ziffern hervor, die das Statistische Landesamt über Schlesien veröffentlicht. In den 20 schlesischen Kreisen, in denen durch Fideikommiß mehr als 20 Prozent der Fläche gebunden sind, hat sich die Zahl der in den Gutsbezirken wohnenden Ausländer in 20 Jahren von 6339 auf 23 330 Köpfe vermehrt. Mehr als 15 000 Fideikommiß sind von der heimatischen Scholle dieser Fideikommiß- und Gutsbezirke durch das ausländische Element verdrängt worden. Im Kreise Waldenburg betrug die Zunahme der Ausländer 22 Prozent, im Kreise Habelschwerdt 105 Prozent, im Kreise Girschberg 96 Prozent. Das Fideikommiß hat bekanntlich die Tendenz, den eingeborenen Deutschen von seiner Scholle zu verjagen und dafür Russen, Galizier und Ruthenen als Saisonarbeiter ins Land zu ziehen — auch ein Erfolg der „nationalen Wirtschaftspolitik“!

* Die Gefährdung der Jugend durch Furschaustellung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen erklärt der Goethe-Bund in Bremen in Verbindung mit den anderen deutschen Goethe-Bünden eine Erklärung, in der es heißt:

„Figaros“ Tod.

„Figaro“ — Bartholo. — Gefährliche Briefe. — Das Drama. — Ein Abend auf der italienischen Volkshaus. — Die politischen Folgen.

Paris, 17. März.

„Figaro“ war Bartholo geworden, „Figaro“ wurde das Opfer von Frauenhand. „Figaro“ ist tot. Schwarzumrandert erscheint das Blatt, das stolz die Devise Beaumarchais im Titel zu tragen pflegt: „Von den einen gelobt, von den anderen getadelt, der Dummen spottend, der Bösen nicht achtend, lache ich schnell über alles aus Furcht, drüber weinen zu müssen.“ Die Zeitung des Boulevard ist vom Lachen bei den Lesern angelangt. In Frankreich lobt der Sturm der Leidenschaften wie zu den schlimmsten Tagen der Dreyfuß-Affäre. Und wieder spielt die Frau ihre Rolle, die tragischste; keine verheiratete Dame, die Gattin eines Ministers, die ihre Nähe mit dem Bewusstsein übt, wie draußen in den Vorstadtgassen die Apachenkönigin ihre Vendetta. Gewiß, auch die antike Geschichte kannte das heroische Weib, das des Mannes Ehre rächte. Doch von Heroismus kann man hier nur mit Vorsicht reden; niederster Skandal steigt bis zu den höchsten Gesellschaftsklassen empor, beäugt ein ganzes Land. Die Republik, die schon so viele Stürme und Skandale erlitten und doch fortbauerte, erhält obermals einen rauhen Stoß — die Wahlkampagne beginnt, wie der „Radical“ sagt, in Blut und Schmutz. Die Propheten der „Vorsichtlosigkeit“ und „republikanischen Ausdehnung“, die Briandisten, fanden in einem Teil ihrer Presse so leidenschaftliche Advokaten, daß heute die politischen Wogen höher gehen denn zuvor und alles zu zerstören drohen. Die Vorgeschichte ist bekannt. Als bald nachdem Caillaux

das Kabinett Bartholo gestürzt hatte, begann im „Figaro“ eine sehr auffällige Kampagne gegen den Finanzminister, geführt vom Chefredakteur Gaston Calmette, der als Intimus des Präsidenten Poincaré und Bartholo galt. Die Angriffe gegen Caillaux verblieben nicht auf politischem Gebiet. Man denunzierte ihn täglich als Finanzbriganten großen Stils. Er sollte Hunderte von Millionen den kleinen Sparern geraubt und in subamerikanischen Spekulationen vergraben haben. Er sollte Erpressungsversuche bei den großen Bankinstituten zugunsten der radikalen Wählklasse vorgenommen haben. Dementis regneten — Calmette ließ sich nicht stören, kam sofort mit einer neuen, größeren Beschuldigung. Er grub die alte Affäre Rochette wieder aus; auf Verreiben des Finanzministers sollte unter dem Kabinett Monis dem Erzfeind und Bankier Rochette ein ungeklärter Prozeßschuß gewährt worden sein, weil er sich durch hohe Subventionierung eines ministeriellen Blattes verdient gemacht habe. Eine parlamentarische, von dem Sozialisten Jaurès präsidierte Untersuchungskommission war eingesetzt worden, hatte unberücksichtigte Dinge wieder abgelesen müssen. Man fesselte damals schon von einem loupromittierenden Briefe des Generalsstaatsanwalts Fabre an den Justizminister. Der Staatsanwalt sollte sich darin bitter über den Zwang beschwert haben, der ihm angetan wurde: „Wie habe ich eine größere Demütigung erlitten.“ Bei einer royalistischen Interpellation über Calmettes neue Klagen ergriff auch Jaurès das Wort und erinnerte daran, daß die Kommission den damaligen Justizminister Briand um Herausgabe des Geheimdokuments ersuchte, daß Briand aber mit zum Himmel erhabenen Händen rief: „Ich kann doch nicht meine Vorgänger verklagen!“ Also bedete der Chef der heutigen Opposition zu dieser Zeit Wadenstücken, die ungezüglich gewesen sein sollten. Ministerpräsident Doumergue

hatte am Freitag nicht viel Mühe, die Interpellation abzuweisen: er brauchte nur mit entrüsteter Stimme auf die täglichen Verleumdungen hinzuweisen, denen Caillaux ausgesetzt sei, und die Kammer nahm die einfache Tagesordnung an. Aber man munkelte, daß Bartholo das Original des Fideikommiß-Briefes an sich gebracht habe und entschlossen sei, es zum Sturze des von ihm gehaßten Caillaux zu verwenden! Es sollte nicht dazu kommen.

Gaston Calmette hatte sich soweit herabgelassen, einen alten Liebesbrief des „demagogischen Plutokraten“ zu publizieren! Während Caillaux mit dem Aufgebote aller Kräfte im Senat sein Einkommensteuerverbot verteidigte, las man ein autographisch abgezeichnetes Schreiben von seiner Hand, mit dem Namen „Jo“ (Joseph) unterzeichnet, in dem es hieß: „Ich habe die Einkommensteuer zermalmt, indem ich sie zu verkleinern schien.“ Diese Zeile hatte er 1909 auf der Ministerbank getippt, als er, der Sohn eines napoleonischen Ministers und Großkapitalisten, schon aus der Zentrumspartei eine leichte Schwankung nach links vorgenommen hatte. Calmette forderte, daß man endlich diesen Heuchler hinauswerfen möge. Nachdem er schon seit Wochen darauf verzichtet hatte, auf die Angriffe des „Figaro“ zu antworten, ließ sich Caillaux wieder herbei, eine Erklärung zu geben: er gestand, damals noch kein so überzeugter Anhänger der Steuerreform gewesen zu sein wie heute, und wies daraufhin, daß es sich damals um den gleichzeitigen Erfolg der vier indirekten Steuern durch direkte gehandelt habe, während er auch jetzt noch vorsichtig nur für einen teilweisen Erfolg eintrete. Der „Figaro“ kündigte mit großem Trara an, er werde auf eigene Kosten den Brief an allen Mannern Frankreichs anschlagen lassen, damit das Volk endlich den Verräter kennen lerne. Aber in den Parlamenten machte die Enthüllung

Der Goethe-Bund erblickt in diesem Gesetzentwurf eine Erneuerung der immer wiederholten bedauerlichen Versuche, die Staatsgewalt zur entscheidenden Instanz in Fragen der Kunst und künstlerischer Sittlichkeit zu machen. Der Entwurf findet das entscheidende Merkmal für die Strafbarkeit des Kunstausstellers bildlicher Darstellungen nicht in dem tatsächlich „gefährdenden“ Charakter der Darstellung, sondern in dem Umstand, daß die Möglichkeit einer Gefährdung der Jugend das „Kernmerkmal“ eines beliebigen Erwachsenen zu erregen geeignet ist. Damit ist für willkürliches Eingreifen künstlerisch urteilloser Personen, vor allem subalterner Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes, freier Spielraum gegeben. Dieser Entwurf schädigt das unbefangene künstlerische Schaffen, gefährdet das zu hoher Blüte gediehene graphische Kunstgewerbe Deutschlands aufs empfindlichste und reizt in letzter Linie zum geheimes Handeln mit strafrechtlich jetzt schon verbotenen Darstellungen. Zum Schutze der Jugend gibt es nur ein wahrhaft wirksames Mittel: ihre Erziehung zur unbefangenen und gesunden Auffassung des Lebens und der Kunst und ihre systematische Versorgung mit gesunder geistiger Nahrung. Der Goethe-Bund fordert alle Freunde der freien Entwicklung unserer Kunst zum Protest gegen die geplante „Meine Lex Deinge“ und zur positiven Mitarbeit an der Befundung anseher Jugendbildung auf.“ (Wir haben gegen den Entwurf ferner in einem Leitartikel ähnliche Bedenken geltend gemacht. Schriftl.)

Die katholische Presse (Sach-Vertrögen) hat sich zur besseren Förderung ihrer Bestrebungen in eine Freigeiessellschaft zusammen geschlossen. Dieser liegt vornehmlich die Aufgabe ob, von einer Zentrale aus Propaganda für die Verbreitung der katholischen Presse (Sach-Vertrögen) zu machen. Als solche ist das Parteisekretariat der Zentrumspartei zu betrachten.

Der Vereinsverband akademisch gebildeter Lehrer Deutschlands hält vom 8. bis 8. April seine 6. große Tagung in München ab. Er umfaßt die Gesamtzahl aller in sämtlichen deutschen Bundesstaaten bestehenden Landes- oder Provinzialvereine höherer Lehrer und ist mit seinen 24000 in 40 Vereinen zusammengeschlossenen Mitgliedern einer der größten Verbände Deutschlands. Auch die deutschen Auslandsschulen sind in ihm vertreten. Wie die letzte Dresdener Tagung (1912), an der gegen 1000 Gäste teilnahmen, wird auch die heutige Münchener einen glänzenden Verlauf nehmen und für das deutsche Bildungswesen wichtige Fragen behandeln. Der erste Tag ist bestimmt für die Vertreterversammlung mit Gegenständen geschäftlicher und interner Natur, u. a. Verwendung der Kaiserjubiläumsspende des Verbandes in Höhe von 110 000 M., der zweite Tag für die öffentlichen Verhandlungen, bei denen das Deutschtum im Ausland, die Jungdeutsche Landbewegung, die wissenschaftliche Fortbildung der höheren Lehrer, die freiere Gestaltung des Unterrichts auf der Oberstufe, die Hauptkrisse bilden. Der Festvortrag behandelt das Thema „Die höhere Schule als Erziehungsstätte“. Der dritte Tag bringt Führungen durch die Sehenswürdigkeiten der Stadt und Ausflüge, u. a. einen nach der althergebrachten Nachbarschaft Augsburg. An feierlichen Veranstaltungen sind geplant: ein echt Münchener Empfangsabend im Hofbräuhaus, eine Festvortragsreihe im Residenztheater und ein Schlußmahal im Bayerischen Hof. Gleichzeitig wird noch eine Reihe bayerischer Landes- und Fachverbände Sonderveranstaltungen abhalten.

Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, G. V. Der soeben erschienene 11. Jahresbericht des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser G. V. für das Jahr 1913 bietet in gewohnter Weise einen Überblick über die gesamte wirtschaftliche Lage im Jahre 1913 und über alle interessierenden Fragen der Wirtschaftswissenschaften. Die Warenhaus- und Kaufhausvereine, sowie das Karstell- und Konventionenwesen, soweit es die Interessen des Detailhandels berührt, finden eine eingehende Würdigung. Andere Abschnitte des Jahresberichtes befassen sich mit dem Geschehen gegen den unlauteren Wettbewerb, dessen Verhütung eine einnehmende Aufgabe der Bauordnungen, verschiedenen Einzelheiten des Detailhandels, der Sozialpolitik und der inneren Handelsbeziehungen. Unter den verschiedenen Fragen des Detailhandels werden besonders ausführlich die Bestrebungen der Handwerkerorganisationen, die Waren- und Kaufhäuser zur Wettbewerbshilfe herauszuheben, behandelt und zurückgewiesen. Der Verband hat in 1913 verschiedene Warenhaussteuer-Entscheidungen aus dem Jahre 1913 sowie mehrere neuere Gerichtsentscheidungen über das Wettbewerbsrecht.

Rechtswesen und Verwaltung.

Der vierte preussische Richterstag tritt am 2. Juni in Bielefeld zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die Verhältnisse des Richters im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben (Berichterstattung: Amtsgerichtsrat Professor Dr. Bernhof-Berlin), die Vereinfachung des Geschäftsganges der

Justizbehörden nach innen und außen (Berichterstattung: Landgerichtsdirektor Dr. Freytag-Torgau).

Heer und Flotte.

Eine Kanalfahrt des 2. Geschwaders. Am Donnerstag, den 19. März, wird das 2. Geschwader der Hochseeflotte im Verbände von Kiel die Fahrt nach der Nordsee antreten.

„Sport im Heer“. Unter diesem Titel erscheint von jetzt ab als Beiblatt zum „Militär-Wochenblatt“ eine sportliche Monatschrift für die Armee. Zu ihrer Einführung bemerkt die Schriftleitung und der Verlag u. a.: Das Interesse am Sport ist, wie im ganzen Volke, so auch im Heer während der letzten Jahre gewachsen. Namentlich ist durch die im Jahre 1913 in Deutschland stattfindenden Olympischen Spiele (6. Olympiade) neuerdings ein kräftiger Anstoß zur Steigerung sportlicher Leistungen aller Art gegeben. In dieser Zeitschrift soll besonders alles, was in der Armee das Verständnis für die Vorbereitungen zur Olympiade fördern kann, veröffentlicht werden. Aber Anlage und Inhalt der Zeitschrift im einzelnen gibt die vorliegende erste Doppelseite Auskunft; sie enthält: Armeewettkämpfe in Berlin (5. bis 8. Juni 1914); offizielle Mitteilungen des Ausschusses für die militärische Vorbereitung der 6. Olympiade; Ausschluß zur Vorbereitung der Armeewettkämpfe und der Olympiade-Teilnehmerliste an dem ersten Olympia-Vorbereitungskursus. Mitteilungen der Ausschüsse der Generalkommandos und der Offizier-, Sport- und Turnabteilungen. Ausschreibung des 10. Berliner Armeewettpäders. Aufsätze sportlichen Inhalts von Oberleutnant v. Reichmann, Oberleutnant Meyer, Hauptmann Noecker und Kapitänleutnant Frhr. v. Kolshahn. „Sport im Heer“ erscheint monatlich im Verlag von E. S. Mittler u. Sohn, Berlin, und kostet jährlich 2 M.

Ausland.

England.

Das verschwundene Signalfisch. London, 18. März. Die Untersuchung über das Verschwinden des geheimen Signalfisches des Kreuzers „Queen“, des Flaggschiffes des Vizeadmirals Burnes, hat bisher kein definitives Resultat ergeben. Da man gegen niemanden von der Mannschaft Verdacht hegt, so ist der übliche Urlaub bewilligt worden.

Rußland.

Ein durchgehender Zug Moskau - Wladivostok. Petersburg, 17. März. Vom 1. Mai ab wird auf der 8000 Werst langen Strecke Moskau - Wladivostok ein durchgehender Schnellzug verkehren.

Südamerika.

Ausfahrungen in Peru. New York, 18. März. Nach einer Meldung aus Lima ist es dort gestern Abend vor dem Hause des früheren Vizepräsidenten Regula, der unter dem inländischen verbannten Präsidenten Billinghurst dieses Amt bekleidete, zu Ausfahrungen gekommen. Die Polizei griff die Menge an und sprengte sie auseinander. Dabei wurden über 20 Personen verwundet. Regula war nach der Stadt zurückgekehrt, um unter Berufung auf sein Amt als Vizepräsident an die Stelle Billinghursts zu treten, der durch eine provisorische Regierung ersetzt worden ist.

Asien.

Ein Aufbruchprozess in Indien. Delhi, 17. März. Heute begann der Prozess gegen 13 Personen aus Delhi und Lahore, die verschiedener Verbrechen, darunter des Aufbruchs und der Übertretung des Sprengstoffgesetzes, angeklagt waren.

Luftfahrt.

Reitungsboote für die englischen Wasserflugzeuge. London, 18. März. Die britische Admiralität beschloß, daß alle von Marinefliegern benutzten Wasserflugzeuge in Zukunft ein kleines Reitungsboot mitführen sollen, das unterhalb des Flugzeugs angebracht ist. Es ist aus Fibernholz hergestellt und mit kleinen Ruder, einem Steuer und einem Segel versehen. Das Gewicht beträgt nur 80 Pfund. Das Boot kann zwei Personen aufnehmen und mit größter Leichtigkeit ins Wasser gesetzt werden.

Ein Protest gegen den Flug um die Welt. New York, 17. März. Wegen den von der panamerikanischen Ausstellung vorgeschlagenen und vom hiesigen Aeroklub unterstützten Weltflug um die Welt haben sich in der letzten Sitzung der Aeronautic Society gewichtige Stimmen erhoben. Vertreter von Curtis, Wright, Moisant und Sloane und der Aeroklub von Pennsylvania weisen energisch auf die geringe Wahr-

scheinlichkeit eines Erfolgs und die aus einem Fehlschlag resultierenden Schäden hin. An Stelle des Weltflugs wird ein Überlandflug über Nordamerika oder ein Weltflug New York-Panamafanal und von da nach San Francisco angeregt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Konfessionell oder simultan?

II.

In der Debatte, die der Antrag auf Errichtung einer katholischen Erziehungsanstalt im Kommunalantragsverfahren herbeigeführt hat, führte der Abgeordnete Dr. Helff aus Frankfurt a. M. aus: Das Gesetz müsse man natürlich respektieren, aber das Gesetz sage nicht, es müsse eine konfessionelle Einrichtung getroffen werden, sondern nur „so weit möglich“, und namentlich für die Einzelerziehung. Das habe schon die Vormundschaftsordnung und jetzt das Bürgerliche Gesetzbuch gesagt. Der einzelne müsse in einer entsprechenden Familie untergebracht werden, obgleich aus dem Zwang der Not auch dort oft das Gegenteil vorkomme. In den Ausführungsbestimmungen seien auch die Worte „in der Regel“ enthalten. Gerade die nassauischen Mitglieder des Landtags seien in erster Linie berufen, dafür zu sorgen, daß das, was seit jeher in Nassau rechtens gewesen sei, bis zum letzten Moment verteidigt werde.

Leider versagten gerade die nassauischen Abgeordneten zum Teil; sie stredten aus Opportunitätsgründen die Waffen, obwohl sie durchaus nicht davon überzeugt zu sein brauchten, daß gegen den Beschluß des Ministers nichts zu machen sei. Dann waren sie auch in den Jertu in verfallen, der sich am besten mit den Worten bezeichnen läßt, die der jetzt nach Berlin verkehrte Landesrat Augustin gebrauchte: „Es handelt sich darum, den Jöglingen religiöses Leben beizubringen. Dabei ist man aber an die Konfession gebunden.“ Die nassauischen Abgeordneten mußten wissen, daß unsere Simultanschule keine religionslose Schule ist, daß also eine Erziehungsanstalt nicht der religiösen Erziehung entbehren muß, weil sie simultan ist. Und sie mußten ferner wissen, daß die gemeinschaftliche sittliche Erziehung von Jöglingen verschiedener Konfession absolut nicht das Nebenhergehen der konfessionell religiösen Unterweisung ausschließt. Die religiöse Erziehung sei bei dem übereinstimmenden Urteil aller Sachverständigen technisch absolut notwendig, um aus den Fürsorgezöglingen brauchbare Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu machen.“ erklärte der stellvertretende königl. Landtagskommissar. Auch wenn man das zugibt, läßt sich das nicht gegen die simultane Einrichtung einer Erziehungsanstalt verwerfen, weil diese die religiöse Erziehung nicht ausschließt. Es wurde weiter gesagt, die Fürsorge schulenloser Jöglinge habe nichts mit der Simultanschule zu tun. Darauf wurde von einem Pädagogen im „Allgemeinen Schulblatt“ sehr treffend erwidert: „Unter Schule ist das ganze Unterrichts- und Erziehungswesen in allen seinen Differenzierungen zu verstehen, und wenn die Errichtung einer Erziehungsanstalt in Nassau mit irgend etwas nicht zu tun hat, dann ist es die Konfession. Das ist simultaner Grundsatz, an dem wir Nassauer treu festhalten müssen.“

Wir sind doch auch durch die nassauische Simultanschule gegangen und wissen aus eigener Erfahrung, daß die Religion darin durchaus nicht zu kurz kommt. Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der religiösen Erziehung von Fürsorgezöglingen läßt sich also ebenfalls nicht die Behauptung begründen, daß die Landeserziehungsanstalt notwendigerweise konfessionell eingerichtet werden müsse. Es ist wirklich unverständlich, wie Mitglieder des Kommunalantrags, die sich selbst als überzeugte Anhänger der Simultanschule bezeichnen, ohne sich zu wehren, den simultanen Charakter der Landeserziehungsanstalt preisgeben konnten. „Es hätte“, schrieben wir nach den vorjährigen Kommunalantragsverhandlungen, in Berlin sicher Eindruck gemacht, wenn der Kommunalantrag mit großer Majorität an seinem früheren Beschluß festgehalten hätte; das wäre zugleich eine beachtenswerte Kundgebung für unsere nassauische Simultanschule gewesen.“ Man hat es indessen bedauerlicherweise vorgezogen, zu kapitulieren, ohne den Versuch gemacht zu haben, sich zu verteidigen.

Ein Hauptargument der Mehrheit, die im Kommunalantrag für den konfessionellen Charakter der Landeserziehungsanstalt entschieden hat, wurde dem Beschluß des Ministers entnommen, in der er folgende Behauptung aufstellte: „Tatsächlich haben auch alle Kommunalverbände, die an die Erbauung eigener Anstalten herangetreten

keinen Eindruck; im Senat begrüßte man Caillaux sogar mit besonderer Sympathie. Einige Zeitungen feilschten trotz der in Paris herrschenden Solidarität recht scharf die Veröffentlichung eines so intimen Privatbriefes. Welchen Zweck verfolgte Calmette? Schon früher hatte er durch Monate hindurch einen Politiker mit ähnlicher Geschäftigkeit verfolgt. Calmette. Die einen wollten auf pathologischem Gebiet die Erklärung suchen, sprachen von harter Überarbeitung, die den Chefredakteur schon einmal zu einer Kaltwasserkur gezwungen hätte. Die anderen führten, daß der „Figaro“ letzten schlechte Geschäfte gemacht habe, daß hinter den abfällig übertriebenen Attacken gewisse Großfinanziers ständen, die Caillaux um jeden Preis beseitigen wollten.

Aber solche persönliche Anfeindung ist in der Republik nichts ganz Ungeübtes; die Gattin des Finanzministers mußte kalten Lächeln die Verleumdungen gegen ihren Gatten anhören können, da sie aus politischem Milieu hervorgingen, auch wenn sie in einem Blatte las, daß die Perlenkette an ihrem Hals mit preussischem Golde bezahlt worden sei! Die Veröffentlichung des ersten intimen Briefes im „Figaro“ erklärte nicht den Mord. Wir werden schon, daß tiefere Gründe die Ministergattin zu ihrem wohlüberlegten Schritte trieben. Zunächst hier die Vorgeschichte des Briefes, so wie sie in politischen Kreisen kolportiert wird: Caillaux liebte die Frau eines Attachés im Unterstaatssekretariat der Schönen Künste, seine deren Scheidung durch der Mann wurde Steuerentnehmer) und unterhielt während des kurzen Trennungsprozesses eine sehr verlockende Korrespondenz. Dann heiratete er, ohne dauerndes Glück zu finden. Der jetzt bekannt gewordene Brief soll ihm erst ausgeliefert worden sein, als er sich zu einer Jahresrente von 15 000 Franken entschloß. Aber das Original des Briefes war vorher photographiert worden und soll zu einem neuen „Anleihenverkauf“ in Höhe von 50 000 Franken gegen Andlieferung der Platte gedient haben. Die

Weigerung zog schlimme Folgen nach sich — im „Figaro“ wußte man den Wert des Briefes zu schätzen. In zweiter Ehe begriffen, hatte Caillaux natürlich auch eine zweite Vieleskorrespondenz geführt. Und auch Briefe dieser neuen Art waren, wer weiß wie, in die Hände Calmettes geraten. Man munkelte von einem romanweisen, in Fortsetzung erscheinenden Feuilleton voll handlicher Einzelheiten. Die Ministergattin erfuhr davon und fuhr auf den Justizpalast, wo ihr ein hoher Beamter erklärte, jedes Einschreiben wäre unmöglich; es bliebe nichts übrig, als der Veröffentlichung Hülfsweise beizuwohnen, da Verleumdungsprozesse dieser Art meistens sehr lange dauerten, nur noch mehr Aufsehen erregten und gar mit der Freisprechung des Beklagten endigen könnten! Madame Caillaux, die geschiedene Frau von Leo Claretie, eines Mitarbeiters vom „Figaro“ und Sohnes vom verstorbenen Direktor der Comédie Française, faßte ihren Entschluß. Sie mußte wissen, daß die angebrochte Veröffentlichung tatsächlich den Untergang ihres Mannes bedeutete; denn sie führte ihren Plan mit größter Eile aus.

Gegen Mittag hatte sie mit ihrem Gatten das Wahl eingekauft; dann war der Minister nach dem Senat gefahren, wo er abermals in der Debatte das Wort ergriß — ohne zu ahnen, daß seine Frau schon in den Morgenstunden ihren Revolver gekauft hatte. Gegen 5 Uhr pflegte die Redakteure auf dem „Figaro“ zu empfangen; Madame Caillaux erschien pünktlich und nahm in dem Vorzimmer Platz. Niemand wurde auf die einfach schwarz gekleidete Dame aufmerksam, nicht einmal der Diener, obwohl sie erklärt hatte, ihren Namen nur in verschlosseneren Rubrik dem Chefredakteur überbringen zu lassen. Gaston Calmette langte erst nach 8 Uhr auf dem „Figaro“ an, begleitet von Paul Bourget, dem bekannten Akademiker und Romanschriftsteller. Als er in seinem Bureau den Namen der Besucherin las und Bourget ihm abriet, sie zu empfangen, erwiderte er: „Ich kann einer

Frau nicht die Türe verschließen.“ Bourget ging und Madame Caillaux wurde eingeführt. Der Diener hatte noch nicht die Türe hinter sich geschlossen, als schon fünf Schüsse dicht hinterinander krachten. Redakteure, das ganze Personal strömten zusammen — Calmette lag am Boden, Madame Caillaux stand gleich und unbeweglich vor einem Bücherstapel. Als man auf sie einbrang, rief sie: „Ich denke nicht daran zu fliehen! Ich schieße auch nicht mehr, der Revolver liegt hier...“ Sie deutete auf die Waffe, die sie auf den Tisch gelegt hatte. In der allgemeinen Bestürzung wurde dem Verwundeten, der von drei Kugeln im Unterleib getroffen worden war, ein Notverband angelegt. Er kam wieder zur Besinnung, hat mit schwacher Stimme um Verzeihung für die Mähe, die er deruffade, übergab selbst Freunden seine Briefmappe mit geheimen Dokumenten und sagte, als man ihn auf einer Tragbahre nach dem Ambulanzwagen hob: „Ich habe nur meine Pflicht getan... Ich habe niemand etwas zu Leid tun wollen...“ Viele seiner Anwesenden weinten. Denn ein so junges Aussehen er hatte, war Calmette persönlich als sehr liebenswürdiger, gefälliger Mann bekannt. Ehemals trat er als Boulevardjournalist hervor, glänzte weniger durch Witz als durch journalistische Erfindungen — „une idée par jour“, wie Wilhelmshagen, der Begründer des „Figaro“, verlangt hatte. Die Art und Weise, in der er es zum Direktor des großen Blattes gebracht, zeigte seinen ungewöhnlichen Ehrgeiz; er hatte die Tochter eines der Hauptaktionäre geheiratet und ließ dann die Oberleiter, die seine Freunde und Gönner gewesen waren, auf die Straße setzen — sie gingen nicht freiwillig und mußten durch Gerichtsbeschluß aus der Redaktion vertrieben werden. Von dem dreifachfrühen Organ wurde der „Figaro“ wieder zu einem aristokratischen Blatt, das in derselben Nummer für Poincarés Präsidentschaft eintrat und gleicherweise den konapartitischen wie orleanitischen Präsidentschaften zur Verfügung stand. Er

find, dieser Forderung Rechnung getragen." Rücksicht der Förderung, die Anstalten auf konfessioneller Grundlage zu errichten. Diese Behauptung des Ministers ist unzutreffend. Nach dem Verzeichnis der Pädagogischen Anstalten Preußens, herausgegeben vom Ministerium des Innern, haben die Provinzialverbände Schlesien und Westpreußen sowie die einen eigenen Provinzialverband bildende Stadt Berlin je zwei Provinzial-Erziehungsanstalten auf simultaner Grundlage errichtet. Die in Berlin sowohl wie die in Posen nach 1900, also unter der Herrschaft des Fürstbischöflichen Erzbischofs, erbaut worden. Wann die anderen erbaut wurden, wissen wir nicht. Was in Westpreußen, Schlesien und in Berlin möglich war, kann in Posen das zudem ein begründetes Recht hat, daß auf seine besondere Verhältnisse Rücksicht genommen wird, nicht unzulässig sein. Der tatsächliche Irrtum, in dem sich der vorjährige Kommunallandtag bei der Abstimmung über den Charakter der Landeserziehungsanstalt befunden hat, sollte nicht eigentlich Veranlassung geben, seine Stellungnahme in dieser Angelegenheit nachträglich zu ändern. Stellt der Landesauschuss nicht aus sich heraus einen dahingehenden Antrag, dann bringt vielleicht das eine oder das andere Mitglied des Kommunallandtags einen entsprechenden Initiativ-antrag ein.

Selbstverständlich würden wir uns ebenso sehr gegen die Errichtung einer kommunalfremden evangelischen Erziehungsanstalt richten. Nicht gegen die Religion und nicht gegen eine Konfession wenden wir uns, sondern gegen die Durchbrechung des seit einem Jahrhundert in Posen legendereich herrschenden simultanen Prinzips, das um so wärmer verteidigt werden muß, je mehr es angegriffen wird. Wir schließen diesen Appell mit dem Urteil des Leitenden simutanen Erziehungsanstalt: „In erster Linie Hinsicht möchte ich unter konfessionell gemischter Bevölkerung der simutanen Anstalt den Vorzug geben, da sie dazu beitragen kann, die konfessionellen Gegensätze auszugleichen und zu den wichtigen staatsbürgerlichen Tugenden, zur Ausbildung und gegenseitigen Achtung und Wertschätzung, zu erziehen. Es ist möglichst zu umgehen, was uns trennt, und immer wieder zu betonen, was uns eint.“

10. Kirchlich-sozialer Kongreß. In den Tagen vom 21. bis 23. April d. J. findet in Wiesbaden der 10. kirchlich-soziale Kongreß statt, zu dessen Hauptveranstaltungen jedermann Zutritt hat. Das Programm wird sich folgendermaßen gestalten: Am Dienstag, den 21. April, findet nachmittags 4 1/2 Uhr eine geschlossene Vorstandssitzung im „Hotel Nonnenhof“ statt, der abends 7 Uhr ein Festgottesdienst in der Lutherkirche folgt. (Festprediger Professor D. Pfennigsdorf aus Bonn.) Am 22. April, 10 Uhr schließt sich unter Leitung von Direktor Pfarrer Christian ein wagnisreicher Begrüßungsabend im großen Lutherkirche an. Der eigentliche Kongreß beginnt am Mittwoch, den 22. April, 9 Uhr vormittags, in den Räumen der Hofgesellschaft, Friedrichstraße 22, mit der Hauptversammlung seines Anfangs. Die Anbahnung hält Generalsekretär Dr. Dohmann und Domprediger a. D. Ohly. Nach der Eröffnung der Versammlung durch Gemeindeforsteher Professor D. Dr. Dr. Seeberg (Berlin) erfolgen die offiziellen Begrüßungen. Dann spricht Direktor Dr. Lepsius (Potsdam) über das erste Hauptthema: „Bildung und Christentum“. Nach gemeinsamer Einnahme um 3 Uhr nachmittags im „Hotel Nonnenhof“ die erste Arbeitskommission (Leiter Geh. Konsistorialrat Pfarrer Jäger aus Weststadt), in der Pastor Lic. Mumm über „Die Ausbreitungsbewegung“ spricht. In der vierten Kommission, nachmittags 4 1/2 Uhr, ebenda, behandelt Pastor Seid (Wiesbaden) das Thema: „Großstädtliche Verhältnisse und Sittlichkeit“. Der Tag schließt mit einer großen öffentlichen Volksversammlung am abends 8 1/2 Uhr. Am Donnerstag, den 23. April, 9 Uhr früh, hält Professor Hauffen (Herborn) die Ansprache, worauf in den Räumen der Hofgesellschaft die Generalversammlung der freien kirchlich-sozialen Kongresse stattfindet, in der Pastor Lic. Mumm den Geschäftsbericht gibt. In der auf nachmittags 10 Uhr anberaumten 3. Hauptversammlung referiert Professor Dr. Dohmann (Berlin), Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrates, über das Thema: „Die Notwendigkeit der Vermehrung des deutschen Bauernstandes mit Rücksicht auf die Erhaltung der Volks- und Wehrkraft der Gesamtbildung“. Nachmittags 3 Uhr taat die dritte Kommission (Eröffnung und Leitung Pastor Lic. Mumm), in der Geschäftsführer Julius Schellin (Frankfurt a. M.) über die „Sonntagsruhe“ spricht. In der lebenden Kommission (Eröffnung und Leitung Fraulein v. Anselm, Tübingen aus Berlin) behandelt Frau Stromeyer (Eberfeld) die „weibliche Formensucht“, und in der sechsten Kommission, nachmittags 4 1/2 Uhr, wird über „Nachschulen und christlich-deutsches Volksleben“ gesprochen. Abends 6 1/2 Uhr, folgt eine große öffentliche Evangelisationsversammlung, in der Pastor D. Pfennigsdorf

(Berlin) und Geh. Rat Professor D. Dr. Seeberg (Berlin) sprechen werden. — Der Freiquartier oder Hotelwohnung wünscht, wolle sich bis zum 3. April an Frau v. Hanefeld in Wiesbaden, Weichstraße 5, wenden. Die Teilnehmerkarten für alle Tage kosten 1 M., für einen Tag 50 Pf. Die öffentlichen Abendveranstaltungen finden bei freiem Eintritt statt.

Schulnachrichten. In den städtischen Volk- und Mittelschulen beginnt das neue Schuljahr am Mittwoch, den 1. April, mit der Konferenz der Lehrer und Lehrerinnen um 5 Uhr, der Versammlung der Schüler und Schülerinnen in ihren Schulhäusern um 9 Uhr und der Aufnahme der sechs-jährigen Kinder um 10 Uhr.

Die landwirtschaftliche Winterschule zu Hof Geisberg war, wie aus dem soeben herausgegebenen Bericht hervorgeht, im Winterhalbjahr 1913/14 (dem 38.) von 44 Schülern besucht, von denen 42 aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden und 2 aus dem Regierungsbezirk Kassel stammten. An materiellen Unterstühtungen wurden der Anstalt insgesamt 12825 M. zugewendet. Der Staat ist mit 2500 M., der Bezirksverband mit 4000 M. und die Stadt Wiesbaden, die Landwirtschaftskammer, der Verein nassauischer Land- und Forstwirte und die Kreisfische des Landkreises Wiesbaden sind mit je 1000 M. daran beteiligt. Vorsitzender des Kuratoriums ist Stadtrat Kraft. Dem Lehrkörper gehören acht Herren an. Die öffentliche Schlußprüfung findet am 21. März in der Aula der Wiesbadener Gewerbeschule statt; das nächste Wintersemester beginnt voraussichtlich Ende Oktober.

Kaufmanns-Erholungsheim. Der Gesamtumfang an Stühtungen für die „Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheim“ im Jahre 1913 betrug 780 000 M. Dierfür werden zwei neue Heime erstellt. Die feierliche Grundsteinlegung des neuen Heims in Bad Ems wird voraussichtlich bereits im Mai d. J. erfolgen. Bei der ungeheuren Nachfrage nach Plätzen ist jedoch die Erbauung weiterer Heime ein dringendes Erfordernis und die Zuweisung weiterer größerer Stühtungen deshalb ebenfalls eine Notwendigkeit. Der Herstellungspreis eines Heims für 150 Betten, in welcher Größe die Heime der Gesellschaft erbaut wurden — ursprünglich waren nur Heime für 100 Betten in Aussicht genommen — beträgt nach den bisherigen Erfahrungen rund 425 000 M. für Bau und vollständige Einrichtung, der Preis für jedes Bett somit 2800 M., was in Anbetracht der äußerst billigenen Bauweise und den vollkommenen hygienischen Einrichtungen ein außerordentlich billiger genannt werden muß. Allerdings ist auch, so schön und behaglich die Heime sind, doch jeder Luxus vermieden worden. Die Heime in Traunstein (Oberbayern) und im Taunus (bei Wiesbaden) sind das ganze Jahr geöffnet; das Heim in dem Eis- und Stahlbad Salzhausen wird am 1. April und das Heim in Hildes an der Ostsee am 15. April eröffnet.

Reifeprüfungen. Am Montag und Dienstag wurde an der städtischen Oberrealschule unter dem Vorhild des Direktors Dr. Höfer die mündliche Reifeprüfung abgehalten. Allen 24 Schülern wurde die Reife zuerkannt, 11 davon unter Befreiung von der mündlichen Prüfung. — Am Königl. Gymnasium bestanden unter Direktor Thomm von 42 Oberprimanern 29, darunter 12, die vom Mündlichen befreit wurden. — Am Königl. Realgymnasium (Direktor Dr. Maurer) gingen von 15 Oberprimanern 6 mit dem Zeugnis der Reife aus der Prüfung hervor.

Wohheit. Am Montagabend zwischen 10 und 10 1/2 Uhr wurde in der Hofstraße ein Hausdor durch Beschütten mit roter Farbe etwa 8 Quadratmeter groß besudelt. Die Tat scheint ein Nachspiel zu sein. Dem Täter ist man auf der Spur.

Personalnachrichten. Der Hauptmann und Kompaniechef im Füßlieregiment von Gersdorff (A. u. H.) Nr. 80 Karl v. Lohberg und der Major beim Stabe des Füßlieregiments von Gersdorff (A. u. H.) Nr. 80 Ulrich v. Bonin sind zu Ehrenrittern des Johanniterordens ernannt.

Feine Kostien. Die Lieferung von Kolonialwaren und Konfieren für das städtische Krankenhaus für 1914/15 wurde der Firma Delatourhaus Aug. Dörflinger übertragen. — Die am Samstag in der Mineralbadekassette Taunus des Postamts im Hof-Post Nr. 21 Alexander Knablauch erfolgte mit Fr. Elsa Kufcherer, einer neuen Verwandten des Rentiers Peteren, Rheinstraße 107.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Königliche Schauspiel. Sonntag findet unter Leitung des Hofkapellmeisters Prof. Franz Mannsack das 8. und letzte Entenfestkonzert der lebenden Enten im Felsen der Wälder und Wälder-Bühnen, und Unterstühtung Anstalt der Mitglieder des Hof Orchesters statt, in welchem zur Nachfeier des 100jährigen Geburtsjades von Kaiser Verdi (geboren am 9. Oktober 1813) dessen Requiem für 4 Solostimmen, Chöre und Orchester zur Aufführung gelangt. Die Solopartien werden von den Konserntanteninnen Frau Poran von Goeß (Soprano) und Heria Dehmlow (Alt) aus Berlin und von den Herren Fritz Eberer (Tenor), Hof Oberkonsänger von vier

Karl Reibsch (Bass), Konserntänger aus Frankfurt a. M., die Chöre von Mitgliedern des „Liedlichen Vereins“ des Wiesbadener Männerchor-Vereins“ sowie von einer Anzahl langjähriger Damen und Herren und dem Männerchor des städtischen Theaters ansetzen.

Wiesbadener Künstler auswärts. Über den jungen Schauspieler Fritz Rummel (Bühnenname Rausch), welcher am Kreisstadtheater mit dem gewöhnlichen Rausch zusammen den Engstrand in „Iphigenie auf Tauris“ spielte, schreiben die „Kunstblätter“: „Am besten von unseren Darstellern hielt sich der junge Herr Rausch, der den verfallenen Tischer Engstrand sehr wirksam auf sein krankes Bein stellte und in Geduld, Ton und Gehe eine neue, recht anerkanntenswerte Probe einbringlichen Charakterisierungsvermögens bot.“ — In Gelle hatte die Militärkapelle unter Leitung ihres rührigen Dirigenten Obermusikmeisters Gern, eines Wiesbadeners, mit großem Fleiß und anerkanntenswerter Sorgfalt ein großes Wagnerkonzert vorbereitet und brachte es unter Mitwirkung des Kammerängers Densel zur wohlgeleitungen Auführung. Das Barock-Vorpiel, die einbreitvolle Größe des Meisterängers und die kultische Zartheit des Hohenberg-Vorspiels waren mustergültige Leistungen, um so anerkanntenswerter, wenn man die sich einem Militärkapelle entgegenstellenden Schwierigkeiten und Umstände berückichtigt. Das Orchester zeigte sich bei der Besetzung die laudable Behandlung in Stimmung und Technik, sein Können und seines Leiters fleißige Arbeit.

Aus dem Vereinsleben.

Dorberichte, Vereinsveranstaltungen.

Der nächste und letzte dieswinterliche Vortrag des „Kypenvereins“ findet am 19. März statt. G. v. Sassa spricht über Dalmatien und die albanische Küste.

Im Verein Naturhistorischer E. R. wird am Freitag Mittmeister a. D. Graf v. Gersdorff einen Naturhistorischen Vortrag über das Naturdenkmalgebiet in den Hohen Taunus in der Nähe des Eschens im Hohen Taunus halten. Der Vortrag beginnt pünktlich 8 Uhr. Die Naturhistorischen sind teils Eigentum des Vereins, teils eigene Aufnahmen des Vortragenden; und zeigen in anschaulicher Weise die hervorragende landschaftliche Schönheit der vom Verein Naturhistorischer neu angekauften und unter Schutz gestellten Gebiete.

In dem Verein der Handelsagenten Wiesbaden, E. R., sprach in der letzten Monatsversammlung Herr Dr. jur. Karl Wild, der Vereinspräsident, über: „Wird der mittellose Käufer seine Zahlungsunfähigkeit offenbaren?“ und „Wann ist Zahlungsunfähigkeit einsetzend?“ Herr Dr. Wild erläuterte einzelne Fälle eingehend an Hand praktischer Beispiele aus der Rechtsprechung und es knüpfte sich daran eine höchst interessante und lehrreiche Debatte. Weitere Besprechungen fanden statt über: „Kaufschlüsse bei den Handelskammern“ und über Antzäge, betreffend Verminderung des Ortsortes. Mit großer Freude nahmen die Mitglieder davon Kenntnis, daß sich auch in Lübeck ein Verein der Handelsagenten“ gebildet hat, so daß dem Zentralverband in Berlin nunmehr 62 Vereine mit rund 6000 Mitgliedern angehören. — In der nächsten Monatsversammlung werden Besprechungen stattfinden über: Die Verrechnung der Provision des Handelsagenten bei dem Kontrakt des Geschäftlers, ferner über: Die Verrechnung der Handelsbücher bei Provisionstreueitungen“ und über: Die Registrierung abselehter Kontrakte“. Gütige können eingeführt werden.

In der diesjährigen, sehr gut besuchten Hauptversammlung des Vereins zur Förderung der Naturhistorischen Photographie wurde von dem Schriftführer Herrn Verward Hildebrand der Jahresbericht für das abgelaufene Vereinsjahr erstattet. Es fanden im ganzen 8 Vereinsabende mit Vorträgen, Demonstrationen und Vorführung von Schälbildern und Autodromaufnahmen statt. Der von dem Schatzmeister Herrn Karl Auf gegebene Jahresbericht ergab einen günstigen Bestand der Finanzen des Vereins. Der im Vorjahre abgegebene praktische Vortragskurs über Fotistik und Registrierkarte unter Leitung des Herrn A. Strauch war sehr gut besucht. Eine ganze Reihe von Vereinsmitgliedern hat in dem abgelaufenen Jahre auf Ausstellungen Preise bezogen. Nebenbei erwarben, u. a. die Herren Hildebrand, Gellwiler, Dr. Ernst, Dr. Stein. Auch die Kollektionsstellung der Vereinsmitglieder auf der Frankfurter Ausstellung, an welcher sich die Herren Dr. Ernst, Gellwiler, Hildebrand, Auf, v. Anselm, Dr. Stein, Dederling beteiligten, wurde preisgekrönt. Der Verein zählt derzeit 65 Mitglieder. Auch in diesem Winter ist wieder ein volkstümlicher Vortragskurs, und zwar diesmal über: „Vergleichungsversuch an und Gummibrot“ unter Leitung von Herrn B. Knapp veranstaltet worden. Die Vorstandswahlen für das Jahr 1914 ergaben folgende Zusammensetzung des Vorstandes: 1. Vorsitzender Herr Dr. med. Stein, 2. Vorsitzender Herr Dr. med. Witter, 1. Schriftführer Herr A. Strauch, 2. Schriftführer Herr Born, Schatzmeister Herr Karl Auf, Bibliothekar und Sachverwalter Herr B. Knapp, Vorkämpfer die Herren Prof. Dr. Peters und B. Hildebrand. In der Hauptversammlung wurde weiterhin eine Anzahl von Statutenänderungen genehmigt. Im Anschluß an die geschäftlichen Verhandlungen wurden eine ganze Reihe wichtiger Neuwerbungen und Abzöge aus dem Gebiete der photographischen Technik und Industrie vorgeführt. In den Vorführungen beteiligten sich die Herren R. Knapp, Dr. med. Stein und ein Vertreter der Anstalt, Elektrophotographische Gesellschaft m. B. & S. in Frankfurt a. M., welcher eine neue künstliche Aufnahmeflamme für Sonnenlicht vorführte. Der erste Vereinsabend im neuen Vereinsjahr fand am 5. März statt. Es wurde ein gemeinsamer Tischabend des Wiesbadener Vereins und des Rheinischen Kameraklubs in Mainz im Hotel „Prinz Viktors“ veranstaltet. Eine große Reihe vorzüglicher Aufnahmen sowohl der Wiesbadener als auch der Wiesbadener Mitglieder wurden vorgeführt. Man sah Landschaftsbilder aus allen Weltgegenden, hervor-

wurmt Colmette sehr, daß er nicht den politischen Einfluß des „Matin“ besah — seine Freunde versichern heute, er habe sowohl DeLoock wie Caillaux aus Überzeugung befreundet, und sie bestritten aufs entschiedenste, daß er intime Briefe der zweiten Frau des Ministers habe veröffentlicht wollen.

Es dauerte über eine halbe Stunde, ehe man die Mörderin aus dem Bureau Colmettes fortführte. Die anwesenden Polizisten wählten offenbar nicht, Hand an sie zu legen, erklärten, euf den Revolver beschlagnahmen zu müssen. Endlich brachte man sie in ihrem Automobil nach dem nächsten Polizeikommissariat, wo Untersuchungsrichter und Staatsanwalt eintrafen. Beim Verhör erklärte sie: „Man hätte mir gesagt, daß man die Fortleitung der Kampagne gegen meinen Mann und die Veröffentlichung meiner Briefe nicht verhindern könne. Da es keine Gerechtigkeit geben sollte, habe ich sie mir selbst verschafft. Ich habe Herrn Colmette nicht töten, sondern ihn nur strafen wollen!“ Ihre Augen hatten aber zu gut getroffen — trotz aller chirurgischen Wunden hoch Colmette bald noch 11 Uhr abends. Joseph Caillaux befand sich nach der Senatssitzung mit seinen Sekretären in seinem Kabinett des Finanzministeriums, beschäftigt mit dem Unterzeichnen von Aktenstücken, als ein dringender Fernruf der Polizeipräfektur ihn von dem Vorpostenlen verständigte. Er sank mit dem Ruf: „Wie entsetzlich!“ in seinem Sessel zusammen, fahle sich aber bald wieder und fuhr mit einem Auto sofort nach dem Kommissariat. Dort wollte ihn der Wachmann nicht einlassen. „Ich bin der Finanzminister Caillaux!“ erklärte er, und als der Polizist übertraht zur Seite trat, herrschte ihn der Minister in seiner autoritären Weise an: „Warum grüßen Sie nicht?“ Giltig nahm der Mann seine militärische Postur ein. Im Zimmer des Kommissars hatte Caillaux eine halbstündige Aussprache mit seiner Frau, die teils sehr härmlich verlaufen sein soll. Ihr Brief, in dem sie ihm ihren Schritt im vornherein ge-

schildert hatte, war ihm noch nicht aus der Privatwohnung überbracht worden. Während man Madame Caillaux nach dem berühmten Frauengefängnis Saint-Lazare überführte, demissionierte der Minister an Doumergue, um seine sofortige Demission anzukündigen; der Regierungsrat hat ihn, bis zu den späten Abendstunden mit jedem Entschluß zu warten.

In der Tat durften die offiziellen Persönlichkeiten nicht ihre lächelnde Miene ablegen: um 8 Uhr abends erwartete man sie in der italienischen Volkshaus zu einem offiziellen Diner und großen Empfang! Contessa Titoni, die liebenswürdig-großzügige Volkshaus, hatte am Nachmittag ein persönliches Gespräch durchs Telefon mit Mme. Caillaux gehabt; die Ministergattin sollte bei der Salatafel zur Linken des Präsidenten Poinears sitzen und entschuldigte sich, daß sie wegen letzten Unwohlseins nicht kommen werde — der Finanzminister werde allein erscheinen. Er erschien nicht! Aber der Präsident der Republik, Madame Poinearc, Ministerpräsident Doumergue und andere Minister, Vorkämpfer, Kabinetsmitglieder wie schöne Frauen saßen am klumengeschmückten Tisch, plauderten bonal und taten so, als habe sie nicht dies unerwartete Drama auf ihrer Bühne erschauert. Während nachher die reizende Gemma Bellinzioni im gold-burduwärtigen Spitzenkleide sang, während die Volkshauslerin, Schiant und vornehm, ein festliches Brillantdiadem im Haar, Hunderte von Gästen willkommen hieß, bildeten sich flüsternde Gruppen in den von Palcomet mit Videutengeln besetzten Sälen. Man erzählte sich die Geschichten und Intrigen; die einen beklagten Colmette, die anderen Caillaux, andere meinten, es wäre vielleicht die einzige Lösung gewesen, was wieder andere nicht verstanden. Die Prinzessin L. die im „Figaro“ jahrelang eine mondäne Kronik leitete und vor einigen Wochen von der Eheeraktion einen Abschiedsbrief erhielt, sagte sommernd zu einem reichen Künstler, der ein sehr nahe Freund des Verstorbenen gewesen: „Oh, der gute

Colmette! Ich habe ihn noch einmal geküßt — sechs Wochen...“ „Ich meine nur fünf!“ fragte der Künstler. — „Secht! Secht!“ versicherte die aufgeregte Dekolletierte und rauchte weiter, um sich wichtig zu machen, ohne darauf zu hören, daß der Künstler hinter ihr drein sagte: „Mache Augen, als im Revolver waren, wünscht sie ihm und heult dabei Strohdolstränen.“ Ein Dahend Senator und Deputierter erzwogen, ob die Demission Caillaux wohl die Gesamtdemission des Kabinetts Doumergue zur Folge haben werde, sahen sich vielleicht schon selbst mit einem Vorlesensille beglückt!

Der Präsident der Republik war zeitig aufgewachen, Doumergue auch. Von 10 Uhr bis Mitternacht berieten die Minister. Arbeitsminister Maloy fuhr gerichtlich zu Caillaux. In edler kollegialer Regung wollten sie nicht den Abschied Caillaux hinnehmen, der aber bei seinem Entschluß verblieb. Ihr moralisches Zeugnis, daß sie Caillaux auf seinen Posten nicht indirekt für den Missethäter gehalten wissen wollen, wiegt schwer — was auch die reaktionäre Presse in ihrem Duf heute zusammenfassen mag, der gesunde Menschenverstand sagt, daß Caillaux sicherlich nicht von dem Plan seiner Frau gewußt hat. Wir sind ihm bei Festlichkeiten und Empfängen in den letzten Wochen oft begegnet, wenn er in gütlichem Einvernehmen mit seiner Frau und deren Schwester Erholung von den Tagesmühen und Kämpfen suchte. Die nicht sehr hochgewachsene, anmutige Frau, die keine Schönheit von blendendem Rang war, würde niemand auf die Vermutung gebracht haben, daß sie eines Mordanschlags fähig sei. Gütlich haben die im Stillen offenkundigen Schmerzen, die Caillaux vor der Öffentlichkeit über die Verleumdungskampagne nicht erkennen ließ, großen Eindruck auf die Gattin gemacht, ihren Verstand getrübt. Das sind die Entschuldigungen, nach denen man sucht. Ein intimes Drama — über dessen politische Folgen sich die Republik zur Stunde noch nicht im Klaren ist! Karl Laßm

ragende Portraitaufnahmen, Genrebilder und besonders eine Reihe vorzüglicher Autoaufnahmen, welche eine Wiesinger Dame, Frau Friedrich, aufgenommen hatte. Die gemeinsamen Veranstaltungen mit dem Wiesinger Verein sollen von jetzt an alljährlich wiederholt werden.

Vereinsvorträge.

In der Sektionsversammlung des „Alpenvereins“ am vergangenen Donnerstag hielt Konigl. Geh. Rat W. Elze einen Vortragsvortrag über Jagdtouren im Hochgebirge, der sich auch für den Nichtjäger äußerst interessant gehalten durch die lebensfrische Beschreibung der selbsterlebten „Wilder“ in den verschiedenen Jagdgebieten bei sehr oft mühsamen, anstrengenden Wanderungen und Bergtouren, war es im Urwald Norwegens, wo es galt den riesigen Elch aufzufinden, in den Horpaten oder dem Kaufhaus auf dem Wechsell Holzler Kirche und gründeren Bären, schließlich in unseren Alpen auf dem Pfad der höchsten Gänge usw. Die vorgeführten Bilder, alles Selbstaufnahmen, waren geradezu wunderbar und zeigten wie die Schilderungen von einer feinsinnigen Naturbeobachtung, einem tiefen Verständnis für die Schönheit der Alpen und der Schönheit des Hochgebirges. Die zahlreichen Zuhörer spendeten laute Beifallsbekundungen, denen auch der Vorsitzende Herr Reilmann in warmen Worten Ausdruck verlieh. (Ebine Gewähr.)

Vereinsfeste. (Nachnahme frei bis zu 20 Zeilen.)

Der Allgemeine Deutsche Sprachverein veranstaltete am Montag seinen letzten dieswintlichen Familienabend, der einen sehr harmonischen Verlauf nahm. Trotz des schlechten Wetters war der große Saal der Turngesellschaft ganz besetzt von den Mitgliedern und Freunden des Vereins. Die Märchen der Brüder Grimm waren der dankbare Gegenstand, über den Oberlehrer Dr. Keller in formvollendeter Art und mit gewinnender Liebe zur Sache sprach. Er zeigte, wie im 18. Jahrhundert, Goethe und Herber als erste das Märchen aus der Beschränkung emporhoben und wie dann, angetrieben durch die Romantik, die Brüder Grimm den hohen Wert des Märchens erkennen, seinen mythologischen Gehalt feststellen und durch ihr Märchenbuch dem deutschen Volk ein Buch schaffen, das der Lektüre als Volksliteratur zur Seite gestellt werden kann. Nach dieser himmelstarken Vorbereitung fanden die drei Märchen, die Hrl. Friedländer in künstlerischer Vollendung und doch so natürlich erzählt, den geeigneten Boden in den Herzen der Zuhörer, die gewiß alle noch gerne mehr Märchen von einer solchen Erzählerin gehört hätten. Aber auch die mythologischen Darstellungen des Spannenbergischen Konservatoriums unter Leitung von Hofrath und Hofmusikdirektor Kaiser bildeten einen himmelstarken Abschluß der wohlgeleiteten Veranstaltung. Neben der Orchesterklasse des Konservatoriums machten sich vor allem die Damen Sada, Schäfer, Jäger und Friedländer sowie die Herren Schneider und Hörsch durch ihren Gesang, ferner der junge Herr Heider durch wiederholtes Violinspiel und Hrl. Zimmer durch ihr künstlerisch vollendetes Klavierpiel verdient. F 481

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

o. **Niedrig, 17. März.** Durch den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auf Aufhebung der städtischen Steuerabteilung Nr. 2 ist es der städtischen Steuerbehörde nicht mehr möglich, die Verwaltungsaufgaben für die Erhebung der Kirchensteuer der beiden christlichen Konfessionen durchzuführen. Der evangelische Kirchenvorstand hat deshalb die Errichtung einer besonderen Kirchensteuerbehörde beschließen müssen, die mit dem 1. Juli d. J. besetzt werden soll. Dem amtierenden Beamten sollen auch die Obliegenheiten eines Gemeindefreiwirtschafters übertragen werden.

z. **Niedrig, 18. März.** Heute nachmittags vollzogen sich die Wahlen zur Gemeindevertretung für die zweite und dritte Wahlklasse. Die Wahlleistung in der zweiten Klasse war eine ziemlich rege. Es wählten nämlich ein gutes Drittel aller Wähler. Gewählt wurden die beiden Kandidaten der vereinigten Parteien. Schneidermeister Wilhelm Wolfenbach erhielt 72, Landmann Paul Wilhelm Seiberger 71 Stimmen. Zur ersten Klasse, welche 57 Wahlberechtigte zählt, waren 31 Wähler erschienen. Gewählt wurde mit fast sämtlichen Stimmen als Erster für den bezogenen Rentner Semler Direktor Heinrich Müller, ferner Gärtnerbesitzer Dirck und Landwirt Ludwig Vogel z.

Kassauische Nachrichten.

Der Etat eines Großdorfs.

Griesheim, 17. März. Das größte Dorf im Kassauischen ist Griesheim, dessen Einwohnerzahl sich zurzeit auf 12500 Seelen beläuft. Der enormen Bevölkerungszahl entspricht auch der Etat, der in diesem Jahre in Einnahmen und Ausgaben mit 1240000 M. balanciert. Als Haupteinnahmen erscheinen an Steuern etwa 400000 M., 100000 M. fordert die Gemeinde an rüchständigen Beiträgen zu den Schullasten von der Stadt Frankfurt seit dem Jahre 1907; aus dem Gaswerk erwartet man 214000 M., aus dem Wasserwerk 105000 M., aus Anleihen 325000 M. Die Ausgaben erstrecken sich im wesentlichen auf die Schulen mit 234000 M., für Realgymnasialverwaltung 49000 M., allgemeine Verwaltung 50000 M., Straßenbauten 57000 M., Armenlasten 42000 M., fürs Wasserwerk 75000 M., fürs Gaswerk 185000 M., Grundstücksverwaltung 21000 M., Steuer- und Kassenverwaltung 63000 M. Zur Balancierung des Etats ist eine Erhöhung der Zuschläge zur Einkommen- und zu den Realsteuern im Betrag von 10 Prozent in Aussicht genommen, so daß in Zukunft die Steuern 143, bezw. 175 Prozent betragen werden.

— **Waldberg-Observatorium, 18. März.** Auf der von Reichsanwalt E. H. H. von Tannenberg geleiteten Expedition zum kleinen Feldberg wurde heute früh ein schwaches Erdbeben festgestellt. Erster Einbruch 4.32.8. Die Entfernungen des Erdbebens betragen etwa 8000 km. (Dr. H. J.)

— **Griesheim, 17. März.** Der Fall Weidenberger bildet noch immer des Tagesgespräch. Man ist sich einig darüber, daß die 150000 M., die er der Gemeinnützigen Bau-Gesellschaft unterschlagen hat, wohl von den beteiligten Gesellschaftern ersetzt werden müssen. Anders verhält es sich mit den Privatverpflichtungen, die Weidenberger auf sich geladen hat. Er soll bei Chemiker Tausende geborgt haben. Bureaubeamte hat er angezogen, dem Kontinier des Fabrikbesitzers soll er 4000 M. schulden; er hat sich Darlehen und Pfandbriefe geben lassen, wo er sie haben konnte. Er hat Grundstücke in Schwabenheim und Niederrad gekauft, hat nichts darauf bezahlt, aber, wie man hört, den Leuten Schuldbücher ausgestellt, die Grundstücke auf seinen Namen überschreiben lassen, sie dann verpfänden und das Geld einsteckt. Es ist ganz ungewöhnlich, was der Mann getrieben hat. Wennbalben fragt man sich, wie kann man einen Mann an die Spitze eines Unternehmens stellen, der 30000 M. Schulden gehabt haben soll als Bürgermeister von Griesheim, dem man 20000 M. vorzestreckt haben soll, daß er seine Pflichten bezahlen soll? Moralisch verpflichtet für die erschrecklichen Summen, die ihn nach Griesheim gebracht hat, sind ferner die Herren, die ihn nach Griesheim herufen haben. Hier erging es sich die Witwe des Schwabers Pfleiderer in einem Anfall von Geisteskrankung.

Schwanheim, 17. März. Bei den gestrigen Gemeindevorwahlen der 3. Wahlklasse, für die nur die Sozialdemokraten und der Bürgerverein Kandidaten anstellten, traten die bürgerlichen Kandidaten, die beide Eingekerkerten sind.

ht. **Cherulorf, 17. März.** Die Motorenfabrik Oberursel hat die Herstellung von Flüssigkeitsmotoren als jüngsten Fabrikationszweig aufgenommen. Sie errichtete zu diesem Zweck umfangreiche Neubauten und wird mehrere hundert Arbeiter neu einstellen.

— **Niederlahnstein, 17. März.** Die Stadtverordneten beschloßen, die Wirtshaussteuer wieder aufzuheben.

v. **Sonnenentstellungen, 17. März.** Die Sektion der Leiche des in der Nacht zum Aschermittwoch in der Orststraße stehend aufgefundenen Schwermüder Jakob Vorbonus hat Anhaltspunkte für eine qualifizierte Todesursache gegeben. Wegen eines hiesigen Mordens wird Anklage auf Körperverletzung mit tödlichem Erfolgs erhoben werden.

h. **Gms, 17. März.** Der städtische Haushaltsplan für 1914 sieht u. a. an Steuern vor: Zuschlag zur Staatsrentensteuer 100 Prozent, Zuschlag zur Staatsgewerbesteuer 100 Prozent. Der Gesamtsteuerertrag wird mit 303435 M. angenommen. Der gesamte Etat, balanzierend mit 465835 M. in Einnahme und Ausgabe, wurde genehmigt. Die Steuern sind dieselben wie im Vorjahre.

hs. **Welsburg, 17. März.** Während der Generalparade in anderen Städten eine große Verschiebung der Steuerrollen nach oben erachtet hat, ist in Welsburg und im übrigen Oberlahnsteins von einer besonderen Wirkung nichts zu bemerken gewesen. Es hat allerdings auch eine Steigerung der Angaben stattgefunden, doch bewegt sich diese ziemlich in den Grenzen, wie sie alljährlich sich darbietet.

hs. **Oberlahnsteins (Oberlahnsteins), 17. März.** In den letzten Tagen sind hier die beiden ältesten Einwohner uneres Dorfes, Johann Prüß im Alter von 91 und Hubert Röll im Alter von 88 Jahren, an Altersschwäche gestorben.

— **Grünhagen, 17. März.** Gestern verunglückte der K. Fr. Knicht L. von hier, indem ihn ein Pferd im Stalle zu Boden warf und mit Hufen und Hufen bearbeitete, so daß es den herausstehenden Personen nur mit großer Mühe gelang, den Krümelstücken dem überstürzten Tiere zu entreißen. Der Bedauernswerte ist so schwer verletzt, daß seine Überführung in ein Krankenhaus nötig wird. Das Pferd, ein sonst wertvolles Tier, hat am Freitag auch dem Pächter eine schwere Wunde am Arm beigebracht.

s. **Marientberg, 17. März.** Die Kreiswegewärter, die zur Unterhaltung der Bismarckweges zuerst in unserer Kreis durch Landrat Wüchters angesetzt wurden, sollen sicherem Vernehmen nach nach und nach vom Kommunalverband übernommen werden.

s. **Sachsenburg, 17. März.** Das Hotel „Kassauer Hof“ hier ist in den Besitz von P. Krüsch, Inhaber des Berliner Kaufhauses übergegangen. Der neue Besitzer will das Hotel in ein Warenhaus umbauen. Das bisherige Berliner Kaufhaus ist an Gebr. Kohnmann verkauft, die eine Fabrik einrichten wollen.

Aus der Umgebung.

Automobil-Explosion.

ht. **Frankfurt a. M., 17. März.** Während einer Geschäftsfahrt explodierte bei Wissenbach das Automobil der hiesigen Zweigstelle der Siemens-Schuckert-Werke. Der Führer, Ingenieur Hoffmann aus Wehlart, konnte sich im letzten Augenblick durch einen Sprung aus dem brennenden Wagen retten.

Die Homburger Kasernenfrage.

— **Homburg v. d. S., 15. März.** Dem Volksauswahlschuss der gestrigen Bürgerversammlung ging aus dem Beschluß an den deutschen Kaiser wegen des Kasernenneubaus gestern folgendes Schreiben zu: Kriegsministerium Berlin, den 14. März. Die Immediatvorstellung des Volksauswahlschusses der Bürgerversammlung vom 7. Februar ist auf Allerhöchsten Befehl an das Kriegsministerium gegeben worden. Nachdem dies festgestellt hat, wird Ihnen mitgeteilt, daß die Wahl eines Bauplatzes noch nicht endgültig getroffen ist. Weitere Nachrichten werden Ihnen nach Klärung der Vorfragen angehen.

Eisenbahnunfall.

m. **Bingerbrück, 18. März.** Aus dem hiesigen Bahnhof in der Nähe der Eisenbahnbrücke ereignete sich gestern Abend ein Eisenbahnunfall, der besonders für den Verkehr Bingen-Soarbrücken größere Verhältnisse zur Folge hatte. Es entgleit eine schwere, von Bingen kommende Güterzuglokomotive. Das Gleis Bingerbrück-Bingen und das anschließende von der Rhein- zur Raabeite waren gesperrt. Der Verkehr zwischen Bingerbrück und Bingen mußte auf dem einen Gleis Bingen-Bingerbrück aufrecht erhalten werden, so daß größere Verhältnisse nicht zu vermeiden waren. Die von Bingen nach Kreuznach und weiter bestimmten Personenzüge wurden über die Rheinseite geleitet und durch Umleiten weiterbefördert. Die sofort in Anmarsch genommenen Aufgleisungsarbeiten an der mit sämtlichen Rädern entgleitenen Lokomotive dauerten mehrere Stunden.

Der Brand auf Schloß Adolfsed.

ht. **Fulda, 17. März.** Unter großen Anstrengungen gelang es gestern nachmittags, das Großfeuer auf Schloß Adolfsed, dem prächtigen Sommerhof der Landgräfin Anna von Hessen, zu bewältigen und das schwer bedrohte Schloß vor der Einäscherung zu bewahren. Wenn der Sturm aus der entgegengesetzten Richtung gekommen wäre, dann wäre eine Rettung des Schlosses unmöglich gewesen. Neben den Wirtschaftsgebäuden brannten auch die Hofreiten des Gastwirts Engel und eines Landwirts teilweise nieder. Das der Brandstiftung verdächtige Dienstmädchen wurde verhaftet, es befreit aber die Tat.

ht. **Frankfurt a. M., 17. März.** Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen den „Lürmer“ wegen der Angriffe auf die erfolglosen Verhandlungen Sybilistischer mit Sabarian im hiesigen städtischen Krankenhaus eingestellt.

— **Frankfurt a. M., 17. März.** Gegen den Direktor Löbner von der Mitteldeutschen Krankenkasse wurden aus den Kreisen der Versicherten Beschwerden erhoben, die zu vielen Abwylproben geführt haben. Das hiesige Aufsichtsamit für Privatversicherungen hat einen vorläufigen Vermögensverwalter eingesetzt. Am 15. März ist nunmehr Direktor Löbner aus der Mitteldeutschen Krankenkasse ausgeschieden. Ein Auflösungsbeschluss ist vor einiger Zeit vom Aufsichtsamit ergangen, doch hat damals Direktor Löbner Rekurs eingelegt, der demnach zur Entscheidung kommen wird.

h. **Frankfurt a. M., 18. März.** Wegen Diebstahls und Erpressung verhaftete die Polizei den 53jährigen Kaufmann Karl August Krenz aus Wiesbaden. Er hatte seiner Konditoren eine Uhr gestohlen und ihr unter der Androhung, sie zu erschicken, nach und nach 80 M. bares Geld entlockt.

m. **Bingerbrück, 17. März.** Wie die Untersuchung ergeben hat, ist die hier im Hafen gelandete Leiche die des 23jährigen Matrosen Jakob Grieb aus Perfete in Holland und nicht, wie anfänglich vermutet wurde, die des von einem bei Bingen vor Anker liegenden Schiffes verunglückten Seemanns. Am 6. Februar wollten bei Frei-Weinheim drei Matrosen in einem Rauben trotz des starken Nebels vom Lande an ihr dort vor Anker liegendes Schiff fahren. Der Rauben schlug um und alle drei fielen ins Wasser, wobei Grieb ertrank.

mk. **Darmstadt, 17. März.** Im nahen Griesheim ist das 5 Jahre alte Kind des Reichsmeisters Gausch in Abweissenheit der Mutter in der Buchstube an das Feuer geraten, wo ihm in Folge des herrschenden starken Sturmes die aus dem Herd zurückfließende Flamme in das Gesicht und gegen die Kleider schlug, so daß diese Feuer fingen. Obwohl das schwer verbrannte Kind sehr bald in ein Krankenhaus gebracht wurde, ist es nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erlegen.

w. **Worms, 18. März.** In den Chemischen Fabriken und Werkstätten ist heute früh 10 Uhr wiederum ein großer Feuer ausgebrochen, das einen großen Umfang anzunehmen droht, da die dort lagernden Erzeugnisse durchweg brennbar sind.

x. **Wurzburg, 17. März.** Der Kirchenhistoriker Professor Dr. theol. et phil. Heinrich Böhmmer, der kürzlich einen

Auf an die Universität Erlangen erhielt, wird diesem keine Probe leisten. Der Gelehrte kam vor 2 Jahren von Bonn hierher als Nachfolger des nach Göttingen berufenen Geh. Konsistorialrats Professor Dr. theol. Diehl.

x. **Wiesbaden, 17. März.** Auf der Grube „Bautenberg“ im Siegenland wurde gestern der Bergmann W. Roth aus Wilsdorf durch abstürzendes Gestein getötet.

Gerichtssaal.

wc. **Betrug.** Die Strafkammer in Wiesbaden hatte gestern den Kaufmann Adolf Schmidt aus Wiesbaden unter der Anklage des teils vollendeten, teils versuchten Betrugs vor ihr Forum gezogen. Schmidt ist im September v. J. verhaftet worden. Was ihm vorgeworfen wird, ist, daß er im Jahre 1910 in Wiesbaden den Freiherrn v. Seeremann um 20000 M., ferner später in Berlin den Grafen Dohna-Schodite um 25000 M. betrogen und ihn weiter um denselben Betrag zu betrügen versucht habe. Schmidt wohnte, bevor er nach Wiesbaden überfiedelte, in Godesberg. Er lebte dort auf großem Fuß, nannte eine Villa sein eigen, hielt sich ein Auto um. Die Herrlichkeit jedoch dauerte nicht allzu lange. Schon im Jahre 1907 kam es zum Vermögenszusammenbruch. Seitdem suchte Schmidt durch den Verkauf von Kongessionen transatlantischer Unternehmungen wieder auf die Strümpfe zu kommen. Auch dabei jedoch war ihm, dem Anschein nach, der Erfolg nicht allzu günstig. Er sah sich im Jahre 1913 gezwungen, in Berlin zu manifestieren. Bei den Kongessionen, deren Verwertung ihm übertragen war, handelte es sich um die Ausbeutung großer Gummiwaldungen, um die Gewinnung von Trauben zur Verarbeitung zu Rosinen, und zuletzt um die Verwertung einer bereits fertiggestellten oder noch der Ausführung wartenden Bahn in der südamerikanischen Republik Ecuador. 50000 M., welche Graf v. Dohna ihm zur Verfügung zu stellen versprach und zur Hälfte auch zur Verfügung stellte, sollten der Besetzung dienen, die Regierung von Ecuador zu einer Änderung der Kraxe für eine bereits kongessionierte Eisenbahn gefügig zu machen. Die „Rubber-Company“ war auf der Grundlage gebildet, daß Schmidt von dem Finanzierungskapital von 4 Millionen allein 3 Millionen zu beanspruchen hatte. Die von Schmidt gemachten falschen Vorspiegelungen sollen sich in der Hauptsache darauf bezogen haben, daß das Unternehmen bereits finanziert sei, daß es sich um erklaffige, unmittelbare vor der Realisierung stehende Objekte handle, daß die bei dem Bahnbau beteiligten Gesellschaften bereits in Südamerika Bahnen gebaut hätten, daß 28 Prozent Dividende bei der „Rubber-Gesellschaft“ bereits bezahlt werden könnten, daß bei dem neuen Bahnbau auch Gold gefunden werde, daß eine Expedition ins Innere des Landes geplant sei, daß zur Sicherheit für die Gläubiger 1 Million Mark bei der City-Bank in London niedergelegt seien, daß der gleiche Betrag als Betriebskapital zur Verfügung stehe, daß der in den Kongessionen gewonnene Gummi im Gegenfall zu dem sonst gewonnenen sehr wasserarm sei, daß eine Schiffsladung bereits in Hamburg eingetroffen sei usw. Schmidt stellt alle ihm unangünstigen Behauptungen der Zeugen in Abrede. Er behauptet, nur Zusicherungen gegeben zu haben, von deren Richtigkeit er fest überzeugt gewesen sei.

FC. **Ein Obdient.** Der jetzt 80 Jahre alte Ludwig Schmidt aus Langenschwalbach sollte Geisteskranker werden. Drei Jahre bereitete er sich darauf vor, staltete darauf um, ging zur Post in Wiesbaden als Posthelfer. Mit seinen 65 M. Monatsgehalt kam er bei seinem stottern Leben nicht aus. Er trat in die französische Fremdenlegion ein. Da ihm der Dienst zu hart war, sann er auf Flucht, die ihm auch auf einem Schiff gelang. Im Suezkanal sprang er über Bord, wurde aufgefischt und vom deutschen Dampfer „Mollie“ aufgenommen. Als er der deutschen Behörde zugeführt werden sollte, rückte er wieder nach Frankreich ab, unternahm zwei Reisen als Steward nach Alexandria. Auf der zweiten Reise strandete das Schiff bei Sardinien. Schmidt kam wieder auf ein deutsches Schiff, wurde nach Onsen verbracht und dort wegen Fahnenflucht verurteilt. Auch diesmal gelang ihm die Flucht. Schließlich finden wir ihn in einer psychiatrischen Klinik in Freiburg wieder. Aber auch dort war er einzig in seiner Art. Er litt an vollständiger Apathie (Starrsicht), seßte die Ärzte standen dieser Krankheit ratlos gegenüber. Vor dem Wiesbadener Schöffengericht stand er jetzt, weil er eine auf Abzahlung erstandene Schreibmaschine und einen Verdienstscheinungsapparat vor völliger Bezahlung weiter veräußert hat. Unter Berücksichtigung seiner eigenartigen Verhältnisse wurde er zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

FC. **Gefährlicher Witzhandel.** Der Drogist Kasimir Rogowich aus Wiesbaden hatte die schwersten Gifte in zum Teil recht großen Mengen unverschlossen, unbeschriftet, bunt durcheinander herumliegen. So z. B. 100 Gramm Arsenik, Drogalen, Belladonna, Opiumtinktur, Morphinum, Mutterkorn usw. Mit einem in Tablettenform gebrachten und unbeschrifteten Gift, das Rogowich führte, konnte man Tausende Menschen vergiften, so äußerte sich der Sachverständige Apotheker Dr. Stephan. Kreisarzt Dr. Riß verbreitete sich eingehend über die Gemeingefährlichkeit eines derartigen Handels mit Giften, durch die eine Anzahl von unangefährten Todesfällen herbeigeführt würden. Das Wiesbadener Schöffengericht erkannte auf 310 M. Geldstrafe.

Sport und Spiel.

Pferderennen.

* **Le Tremblay, 18. März.** Prix de Volanis, 3000 Franken. 1. J. D. Cobos Undiabele (Vemmel), 2. Vig Wade, 3. Solvia II. 116:10; 52: 81:10. — Prix de Cerron, 3000 Franken. 1. A. Gullers Robinson (E. Parra), 2. Rabille, 3. Soleil Levant II. 160:10; 23: 19:10. — Prix de la Beauce, 4000 Franken. 1. Marquis de Garmes Trinitat (G. Gilds), 2. Goding, 3. Mianon Brd. 28:10; 15: 15:10. — Prix de la Moutournee, 4000 Franken. 1. A. Amontons Darling (G. Henry), 2. Jura, 3. Rubia. 67:10; 25: 83: 128:10. — Prix de Bois-Boudan, 10000 Franken. 1. Rme. S. G. Klums Kade Wanc (Regrouz), 2. Le Nitto, 3. Soudaroffe. 53:10; 35: 18:10. — Prix de Champ Brole, 4000 Franken. 1. D. Klefians Seiber (Charper), 2. Cedric, 3. Le Soudar. 135:10; 43: 22:10.

* **Allgemeiner Deutscher Jagdschützenverein.** Der Bezirksverein Wiesbaden hielt am Samstag im Hotel „Europäischer Hof“ seine Vierteljahrsversammlung ab. Amtlicher Gönther-Schwerin trug den von dem bekannten Jagdschriftsteller Fritz Mey verfaßten Vortrag „Der Hirsch als Problem des Vieheslebens“ vor, der nicht Lichtbildern von der optischen Firma Emil Busch in Rattenow dem Bezirksverein zur Verfügung gestellt war. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß der Bezirksverein Wiesbaden-Stadt Ende des Jahres 1912 167 Mitglieder, der ihm angegliederte Bezirk 17b des Allge-

meinen Deutschen Jagdschützenvereins 65 Mitglieder zählte. Diesen 239 Mitgliedern fanden Ende des Jahres 1913 273 Mitglieder, 191 von Wiesbaden-Stadt und 82 des Bezirks 17b gegenüber. Zum Bezirksvorstand wurde Rittmeister v. Miquel und als Stellvertreter Herr Hugo Bogemann gewählt. — Dann wurden verschiedene jagdliche und jagdrechtliche Fragen besprochen. Es wurde mitgeteilt, daß einzelne Gemeinden in ihren Pachverträgen die Bestimmung aufgenommen hätten, der Jagdpächter und die Gasse, die mit Erlaubnisjagen jagen, müssen Mitglieder vom A. D. J.-V. und gegen Haftpflicht versichert sein. Das Vorgehen dieser Gemeinden wurde von allen Seiten gebilligt und der Wunsch ausgesprochen, es möchte dies in allen Pachverträgen aufgenommen werden. — Die Oberpostdirektion in Kassel hat eine Verfügung erlassen, nach der in die Jagdpächter das für die Entwicklung unserer Rehe, insbesondere auch der Gehörne nötige Salz (Salzpfannensteine) in folgenden Mengen abgabefrei abgegeben werden kann: für 1 Reh 5 Kilogramm, für 1 Stück Rotwild 20 Kilogramm, falls die Salzpfannensteine frei ohne Bedachung ausgelegt werden. Aus der Versammlung wurde angeregt, den Bezirksvorstand als Vertreter des zweitstärksten Vereins „Wiesbaden“ demnächst in den Landesvorstand zu wählen. — Zum Schluß berichtete Herr Hild (Bad Gms) in erschöpfender und klarer Weise über den heutigen Stand des Reichs, widerernde Hunde zu töten. Es wurde ein Beschluß gefaßt, daß die nächste Landesvereinsversammlung zu dieser für Nassau so wichtigen Frage Stellung nehmen soll, damit endlich die alten Bestimmungen des nassauischen Gesetzes aus der Jagdordnung von 1907 entfernt werden.

Sport und Touristik werden in einer besonderen Abteilung auf der Hundertjahr-Ausstellung Christiania 1914 errichtet werden, um den fremden Touristen ein Bild des nördlichen Sports zu gewähren, der überall eine große Anziehungskraft ausübt und sich auf internationalen Ausstellungen hervorhebt.

Der Deutscher Automobilklub in Dänemark. In Anlaß der zurzeit in Kopenhagen stattfindenden Automobil-Ausstellung wurde am Sonntag eine Automobilernfahrt nach Kopenhagen veranstaltet, bei der 74 Fahrer das Ziel erreichten; davon 58 in der vorgeschriebenen Maximalzeit. Unter denjenigen Fahrern, die für die Preise in Betracht kommen, befinden sich 6 Adler-, je 1 Opel- und 2 S.-H.-Wagen sowie 8 Wanderer- und 3 R.-S.-H.-Motorräder.

Unwetter und Hochwasser.

Sturmschäden in Ausstellungen.

Köln, 17. März. Der Einsturz des Bremen-Oldenburger-Hauses auf der Werkbundausstellung, über den schon kurz berichtet worden ist, wurde durch den orkanartigen Sturm verursacht, der gestern nachmittags gegen 2 Uhr einsetzte. Alle Gebäude auf der Werkbundausstellung wurden durch den Orkan stark gefährdet. Der Sturm war so stark, daß die Arbeiten an den Bauten eingestellt werden mußten. Gegen 1/3 Uhr stürzte unter donnerartigem Getöse der Mittelbau des Bremen-Oldenburger-Hauses ein, und kurze Zeit darauf brach auch ein Seitenteil zusammen. Die Arbeiter hatten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Das Haus war bereits eingedeckt, und man war mit den Reparaturarbeiten beschäftigt. Die Köln-Deutscher Feuerwehr erschien bald an der Unfallstelle und nahm die Aufräumungsarbeiten vor. Der Schaden beträgt etwa 30 000 M. Die Eröffnung der Ausstellung soll durch den Unfall nicht verzögert werden. Infolge des Sturmes sind die telegraphischen Verbindungen mit Frankreich, Belgien, Holland und England zum großen Teil zerstört. Die Telegramme sind Verzögerungen unterworfen und müssen teilweise mit der Post befördert werden. Auch zahlreiche Fernsprecheinrichtungen sind infolge des Sturmes gestört und der Betrieb ist erschwert.

Bern, 17. März. Vom Genfersee bis zum Bodensee wütet mit zunehmender Heftigkeit ein Weststurm, der gestern nachmittags den Feuerwehrturm in der Landesausstellung in Bern umgeworfen hat. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt.

Hochwasser der Marne.

hd. Chalons-sur-Marne, 18. März. Zum zweitenmal innerhalb 5 Monaten führt die Marne infolge des strömenden Regens Hochwasser. Der Verkehr der Vorortzüge ist äußerst erschwert, da das Wasser die Schienen überschwemmt hat. Ganze Strecken Landes sind unter Wasser gesetzt.

Erdrutsch.

hd. Chambray, 18. März. Ein umfangreicher Erdrutsch hat sich infolge der andauernden Regengüsse auf der Straße zwischen Niqueblande und Moutiers ereignet. Auf eine lange Strecke ist die Straße gesperrt. Die Telegraphen- und Telephonleitungen wurden gänzlich zerstört, ebenso die elektrischen Starkstromleitungen nach Yvon. Ein ganzes Heer von Telegraphenarbeitern und technische Truppen sind auf die Strecken entsandt worden.

Neues aus aller Welt.

Erdbeden. Hohenheim, 18. März. Die Instrumente der Erdbebenstation haben vergangene Nacht mehrere Erdbeden aufgezeichnet, zuerst ein mäßiges Ruckbeben, dessen Herd in einer Entfernung von 50 bis 80 Kilometern zu suchen ist, um 10 Uhr 6 Min. abends dann ein schwaches Kernbeben, dessen Herd ungefähr 8500 Kilometer, entfernt liegt. Der erste Vorläufer des letzteren setzte heute früh 5 Uhr 41 Min. 45 Sek. ein, während der Hauptstöße um 6 Uhr 11 Min. erfolgte. Ferner setzte heute früh 7 Uhr 28 Min. 10 Sek. der erste Vorläufer eines weiteren Kernbebens ein, dessen Aufzeichnung mit dem Ausmaße des Kernbebens noch nicht beendet war. Die Bankunterkellungen in Eberfeld, Eberfeld, 17. März. In der Unterbringungsaffäre bei dem Panthaus von der Stadt Kerzen u. Söhne, die bekanntlich im Juli vorigen Jahres aufgedeckt wurde, ist außer den bereits verhafteten drei Bankassistenten auf Veranlassung des Untersuchungsrichters auch der Bankbeamte Karl Affolter verhaftet worden.

Auf den Spuren der Lübecker Museumsdiebe. Braunschweig, 17. März. Gestern durchzog die Stadt vier Räumlichkeiten, die überall wertvolle Münzen zu billigen Preisen anboten. Das erregte den Verdacht, daß man eine Spur der Einbrecher habe, die vor einigen Tagen in Lübecker Pantheon eine Münzensammlung entwendeten. Einer der Räumlichkeiten wurde verhaftet. Man fand bei ihm 12 wertvolle Münzen, von denen eine den Namen Lübeck trug. Die drei Kumpone des Verhafteten konnten entfliehen.

Wade eines Abenteurers. Paris, 18. März. Ein Deutscher namens Wilhelm Kolbel begab sich gestern nachmittags zum deutschen Generalkonsulat und forderte die Mittel zur Rückbeförderung in die Heimat. Da ihm bereits einmal Hilfe zuteil geworden war, wurde er an die deutsche Hilfskommission verwiesen. Hierüber verriet er in solche Weise, daß er vom Schreibpulte des Sekretärs Tintenfah und Schreibpapier nahm und in weitem Bogen aus dem Fenster

schleuderte. Konsulatsdiener benachrichtigten die Polizei, die den Abenteurer ins Gewahrsam abführte. **Tragischer Tod eines Eisenbahners.** Clermont-Ferrand, 18. März. In der Nacht zum Montag wollte ein Eisenbahnangestellter die Schienen in der Nähe des Bahnhofs überqueren, als er unglücklicherweise mit dem rechten Fuß in den Schienen stecken blieb. Trotz verzweifelter Bemühungen gelang es ihm nicht, sich aus seiner Lage zu befreien. Der Bedauernswerte hand qualvolle Minuten der Todesangst aus, da jeden Augenblick der Explosion von Bordeaux die Stelle passieren mußte. Die Befreiungsversuche waren erfolglos. Der Mann brante heran. Der schrecklich verstümmelte Körper wurde von der Maschine 50 Meter weit fortgeschleudert.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

8 Berlin, 18. März.

Im Ministerrat: Minister v. Breitenbach. Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung um 11,15 Uhr mit der Bitte, dem Kaiserpaar und dem Herzogspaar von Braunschweig die Glückwünsche des Hauses anlässlich des freudigen Ereignisses überbringen zu dürfen. — Das Haus erklärt seine Zustimmung.

Hierauf wird die Beratung zum Eisenbahnetat

mit der allgemeinen Besprechung über Angelegenheiten der Beamten und Arbeiter ausschließlich der Besoldungsfrage fortgesetzt.

Minister v. Breitenbach: Die Errichtung einer Eisenbahndirektion in Düsseldorf, die gestern von dem Abgeordneten Schmidt-Düsselhof gewünscht wurde, würde nicht zweckmäßig sein, da die drei Direktionen in Köln, Elberfeld und Essen dem vorhandenen Bedürfnis vollkommen genügen. Die neue Lohnordnung wird allgemein als ein Fortschritt anerkannt. (Da die Natur im Hause immer größer wird, bemerkt Präsident Graf Schwerin-Löwis: Ich bitte um Ruhe und bitte die Herren, die die Verhandlungen führen, ihre privaten Unterhaltungen außerhalb des Hauses zu verfolgen. — Bravo! rechts.) Wir sind bestrebt, den Wünschen der Arbeiter und Beamten nach Möglichkeit entgegenzukommen. Wir vertreten in jeder Weise ihre Interessen.

Wir glauben aber, dem Verlangen nach Schaffung eines Staatsarbeiterrechts nicht entsprechen zu können.

Die beteiligten Ressorts haben die Gründe zusammengestellt, die gegen die Gewährung des Staatsarbeiterrechts sprechen. Es wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Staatsarbeiter günstiger gestellt sind als die Arbeiter in privaten Betrieben. Diesen Gründen will ich noch hinzufügen, daß die Stellung der Staatsarbeiter so gesichert ist, daß eine gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses nicht notwendig ist. Sie können nur dann entlassen werden, wenn sie wollen oder wenn sie Tendenzen verfolgen, welche die Aufrechterhaltung des Staatsbetriebes gefährden.

Abg. Leinert (Soz.): Die Vermehrung der etatsmäßigen Beamtenstellen, in welche die Arbeiter aufrücken können, ist in viel zu geringem Maße erfolgt. Die Arbeitszeit für die Arbeiter ist vielfach ungebührlich lang. Die Ruhezeit steht meist nur auf dem Papier. Wir stimmen der Ablehnung des Ministeriums gegen die Schaffung eines Staatsarbeiterrechts zu, wir verlangen die Regelung der Angelegenheit durch das Reich. Wir fordern die Gleichstellung der Staatsarbeiter mit den übrigen Arbeitern.

Präsident Graf Schwerin-Löwis: Es ist der allgemeine Wunsch, den vorliegenden Etat heute zu erledigen. Ich ersuche daher die folgenden Redner, sich in ihren Ausführungen auf das Notwendigste zu beschränken.

Abg. Schmidt-Gonz (Zentr.): Ich möchte die Eisenbahnarbeiter vor der sozialdemokratischen Zukunftsmusik warnen.

Abg. Dr. Gottschalk-Solingen (natl.): In Breslau wurde von der Eisenbahndirektion eine Verfügung erlassen, durch welche

die schriftstellerische Betätigung der Beamten verboten wird. Diese Verfügung verstößt gegen die persönliche Freiheit der Beamten. (Sehr richtig! und Hört! Hört!) Die Anrechnung der Dienstzeit findet vielfach nicht so statt, wie die berechtigten Wünsche der Beamten es verlangen. Das Wohnungswesen muß reformiert werden.

Minister v. Breitenbach: Die schriftstellerische Betätigung der Beamten darf unter keinen Umständen ihre Dienstleistung beeinträchtigen. Eine Reform des Kanzleiwesens ist besonders notwendig. Abgeordneter Leinert ist dem Grundgedanken seiner Partei, alles herunterzuweisen und nichts anzuerkennen, treu geblieben, während die bürgerlichen Parteien durchweg Worte der Anerkennung fanden. Die etatsmäßigen Stellen sind vermehrt worden. Daß durch die Herabsetzung der Stellen der Militäranwärter zum Schaden der gebildeten Unterbeamten vermehrt werden, ist nicht zu befürchten. Der Abgeordnete Leinert hat besonders die Lohnpolitik meiner Verwaltung kritisiert. Die Löhne der Arbeiter sind aber in den letzten Jahren in dauernder Steigerung begriffen. Auch seine Bemängelung der Lohnordnung ist nicht stichhaltig. Die ganze Staatsarbeiterfrage ist durch Arbeitsvertrag gesichert, und die Lohnordnung bildet die Grundlage des Arbeitsvertrages. Aber das Konstitutionsrecht der Eisenbahnarbeiter habe ich mich schon wiederholt ausgesprochen. Wie man behaupten kann, daß den Angeestellten bezüglich des Vereinerkennungsrechts Gewalt angetan werde, ist mir unverständlich. Der Abgeordnete Leinert hat den Mut gehabt, von einem Beamten zu behaupten, daß er mit dem Leben der Arbeiter Schindluder treibe. Ich kann dem Abgeordneten Leinert nur raten, diese schwere Beleidigung, wenn er sie nicht zurücknimmt, außerhalb des Hauses zu wiederholen, wo er nicht durch die Immunität geschützt ist, damit die Sache klargestellt werden kann. Ich bin überzeugt, daß dieser Anspruch von der Gesamtheit der preussischen Beamtschaft als eine schwere Beleidigung empfunden wird. Ich hoffe, daß die Beamten sich das merken werden.

Abg. Dr. von Aries (konf.): Wir stimmen der Erklärung des Ministers, in der er sich gegen die Schaffung eines Staatsarbeiterrechts ausspricht, zu. Die Eisenbahnarbeiter stehen sich viel günstiger als die Arbeiter in anderen Betrieben. (Beifall rechts.)

Abg. v. Könis (Ztr.): Wohl noch nie ist ein Abgeordneter so angegriffen worden, wie es durch den Minister gegenüber dem Abgeordneten Leinert zu meiner Freude geschehen ist. (Beifall.) Hoffentlich schiden die Sozialdemokraten in Zukunft einen anderen Abgeordneten hierher, der sich nicht in Widerspruch mit der Wahrheit setzt. Daß die Worte des Ministers ihren Eindruck nicht verfehlt haben, war daran zu erkennen, daß der Abgeordnete Leinert lachend wurde. (Anruhe

bei den Soz.) Wir werden dafür Sorge tragen, daß die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter bei Beratung der Besoldungsvorlage sorgfältig geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Die Debatte über Angelegenheiten der Beamten und Arbeiter wird geschlossen.

Besonders bemerkt Abg. Leinert: Ich habe ausgeführt, daß während der fünfmonatigen Ansführung eines Bahnhofsübersehers fünf Todesfälle infolge von Unglücksfällen in dem Bezirk vorgekommen sind, und daß trotzdem die Arbeitszeit verlängert worden sei. Ich habe gesagt, wenn diese Häufung der Unglücksfälle diesen Beamten nicht rührte, dann könne man behaupten, daß er mit dem Leben der Arbeiter Schindluder treibe.

Abg. Liepmann (natl.) tritt für Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs im Eisenbahnbetrieb ein.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Wallenborn (Ztr.) und Felix-Teschin (konf.) wird das Ordinarium erledigt.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Fortsetzung. Grundteilangeheh. — Schluß 1/6 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Zur Geburt des Erbprinzen in Braunschweig.

Die Benachrichtigung des Kaisers.

hd. Berlin, 18. März. Der Kaiser und der Herzog von Cumberland wurden als Erste von dem freudigen Ereignis in Kenntnis gesetzt. Der Kaiser, der gestern abend der Vorstellung in der Oper beigewohnt hatte, erhielt die Nachricht von der Geburt seines Enkels heute früh sofort telegraphisch. Er ließ sich heute vormittag wiederholt telephonisch mit Braunschweig verbinden.

Der Herzog von Cumberland bei Kaiser Franz Joseph. wb. Wien, 18. März. Der Herzog von Cumberland erschien heute vormittag beim Kaiser in Audienz, um die Geburt des Enkels von Braunschweig mitzuteilen.

Die Landesversammlung und der Thronerbe.

hd. Braunschweig, 18. März. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung machte der Präsident Mitteilung von dem freudigen Ereignis im Fürstentum. Das Staatsministerium hat dem Herzogspaar, dem Kaiser und dem Herzog von Cumberland Glückwünsche gefandt. Für den englischen Hof hat ein Botschafter aus Berlin die Standesamturkunde aufgenommen. In den Straßen der Stadt wogt eine große Menschenmenge auf und ab. Um 10 Uhr war von auswärts ein Flieger zur Begrüßung des Neugeborenen über Braunschweig erschienen.

Der Glückwunsch der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

wb. Berlin, 18. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt zu der Geburt des Erbprinzen von Braunschweig u. a.: Die festliche Stimmung findet weithin Anklang und Widerhall, vorab in der Hauptstadt Braunschweig und des Reiches. Hier gelten die Glückwünsche der gesamten Bevölkerung zugleich dem Kaiserpaar anlässlich der Geburt des Erbprinzen. Sie gelten dem Herzog Ernst August und seiner Gemahlin und sie gelten einer schönen gesegneten Zukunft des Neugeborenen.

Die Huldbigung der Kriegervereine.

wb. Braunschweig, 18. März. Während der Huldbigung der Kriegervereine trat der Herzog auf den Balkon des Schlosses. Überall war zahlreiches Publikum zu bemerken, das den Herzog mit stürmischen Zurufen begrüßte. Die Menge sang patriotische Lieder und brachte Hoch- und Hurraufe auf den Herzog aus. Die Mannschaften der Garnison sind heute dienstfrei.

Eine Stiftung des Herzogs.

hd. Braunschweig, 18. März. Der Herzog hat aus Anlaß der Geburt eines Thronerben für die Armen des Landes Braunschweig eine Stiftung von 30 000 M. überwiesen lassen.

Ein Besuch des Fürsten von Albanien auf Korfu.

wb. Berlin, 18. März. In Durazzo verlautet, dem „P. T.“ zufolge, daß der Fürst von Albanien Kaiser Wilhelm bei seinem bevorstehenden Frühjahrsaufenthalt auf Korfu dort einen Besuch abstatten werde.

v. Dallwitz der neue Statthalter in Elsaß-Lothringen?

wb. Berlin, 18. März. In politischen Kreisen tritt seit einigen Tagen mit immer größerer Bestimmtheit das Gerücht auf, daß der Minister des Innern von Dallwitz zum Statthalter für Elsaß-Lothringen auszuwählen sei.

Stellenwechsel in den oberen Verwaltungsbehörden.

wb. Berlin, 18. März. Zum Chefpräsidenten der Oberrechnungskammer wurde an Stelle des am 1. April in den Ruhestand tretenden Wirkl. Geh. Rats von Magdeburg Unterstaatssekretär Holz vom Ministerium des Innern und Regierungspräsident Drews in Köslin zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ernannt. Der vortragende Rat in diesem Ministerium Geh. Oberregierungsrat Freiherr v. Zedlitz und Neulirch wurde zum Präsidenten der Regierung in Köslin und zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts wurde der vortragende Rat im Ministerium des Innern Wirkl. Geh. Oberregierungsrat v. Hermann ernannt.

Kurze Anfrage über die Einstellung von Offiziers-Apiranten bei der Marine.

Berlin, 18. März. (Eig. Drahtbericht) Dem Reichstag ist eine kurze Anfrage des fortschrittlichen Abgeordneten Hoff zugegangen, die folgenden Wortlaut hat: Zeitungsnachrichten zufolge werden Söhne von Volksschullehrern — von ganz vereinzelt Ausnahmen abgesehen — als Offiziers-Apiranten für die Marine nicht angenommen, auch wenn sie bezüglich der förderlichen Verhältnisse und ihrer Vorbildung den gestellten Anforderungen genügen. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob diese Nachrichten auf Tatsachen beruhen und bejahenden Falles, was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese für den Volksschullehrerstand verheißende und die Interessen der Marine schädigende Verwaltungspraxis der Marinebehörden zu beseitigen?

Das Kommunalabgabengesetz.

hd. Berlin, 18. März. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Kommunalabgabengesetzes hatte sich heute mit dem Entwurf des Gesetzes über die Ein-

ziehung staatlicher Schiffsabgaben durch Gemeinden und Private zu befassen. Der Entwurf bezweckt, dem Staat die Möglichkeit zu geben, die Gemeinden zu zwingen, ihnen die Erhebung von staatlichen Wasserabgaben auf den neueröffneten und bereits bestehenden Wasserwegen gegen Entgelt zu übertragen, wobei das Entgelt mindestens so hoch sein soll, daß die Erhebungskosten gedeckt werden. Es wurde nach kurzer Debatte mit den Stimmen der Konservativen und des Zentrums in allen Teilen abgelehnt.

Ansiedlungspolitik in der Budgetkommission.

wb. Berlin, 18. März. In der Debatte über den Etat der Ansiedlungskommission und die Ansiedlungsdenschrift in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde von gegnerischer Seite betont, daß die Kolonialpolitik verhängnisvoll sei. Es seien 99 Dörfer mehr in polnische Hände übergegangen. Die deutsche Bevölkerung in den Städten sei zurückgegangen und das Ansehen Preußens im Ausland sei gemindert worden. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß die Ansiedlungspolitik nicht die Zurückdrängung der Polen bezwecke, sondern einen defensiven Charakter habe. Auch hinsichtlich der Städtepolitik sei man nicht der Ansicht, dies in den Vordergrund treten zu lassen. Die Kleinsiedlungen bei den Städten dürfen nicht auf Arbeiter beschränkt werden. Die Ansiedlungskommission dürfe sich nicht auf die ländliche Siedlung beschränken. Im weiteren Verlaufe erklärte der Landwirtschaftsminister, ein größerer Teil der Ansiedler bedürfe in den ersten Jahren der Anfertigung und Hilfe. Es sei deshalb nicht zu mißbilligen, wenn die Ansiedlung sich der Mitwirkung des Genossenschaftsverbandes bediene, um den Ankauf von Düng- und Futtermitteln und den Verkauf von Getreide zu vermitteln. Im übrigen hätten die Ansiedler freie Hand. Des weiteren erklärte der Minister, es würde darauf Bedacht zu nehmen sein, dem Rückgang des Deutschtums in den Städten entgegenzuwirken. Insbesondere auch auf dem Gebiete des Realrechts. Die Ansiedlungskommission müsse mehr als bisher mit Kleinsiedlungsgenossenschaften in Verbindung gebracht werden. Erforderlichenfalls auch unter Zusammenfassung zu einem Genossenschaftsverbande.

Das Kaiserreich.

wb. Berlin, 18. März. (Via Drahtbericht) Die Kaiserliche Hofkanzlei wird, wie eine offizielle Korrespondenz meldet, morgen über den Übernahme des Bundesrats unterbreitet werden. Da zwischen den Bundesregierungen über die Gestaltung der Vorlage bereits ein Einverständnis erzielt ist, dürften die Beratungen im Bundesrat bald abgeschlossen werden, so daß dem Reichstag bei seinem Wiederauftreten nach den Osterferien der Entwurf bereits vorliegen wird.

Der reichstänbliche Etat in der Ersten Kammer.

wb. Straßburg, 18. März. Die Erste Kammer des elsässischen Landtags trat heute in die Beratung des Etats ein, der mit rund 81½ Millionen balanciert. Staatssekretär Graf Ribbentrop erklärte, daß die Regierung den von der Zweiten Kammer getroffenen, an sich unwesentlichen Änderungen zustimme. Nach einem Hinweis auf die unzulässige Finanzlage betonte der Staatssekretär, daß die weitere Anspannung der direkten und indirekten Steuern nicht möglich sei. Man werde um eine Neugestaltung des Finanzwesens auf wesentlich anderer Grundlage nicht herumkommen können. Redner konstatierte mit Benutzung die außerordentliche Mäßigkeit, mit der die Zweite Kammer den Etat erledigt habe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dies Etatsgesetz bis zum 1. April in Kraft treten könne.

Zum Deutschen Handelstag.

wb. Berlin, 18. März. Im Verlaufe der Verhandlungen des Deutschen Handelstags wies Dr. Brandt (Düsseldorf) darauf hin, daß die industriellen Unternehmungen im Reichstag in nur geringer Zahl vertreten seien, weshalb es notwendig, daß die großen Wirtschaftverbände industrieller Unternehmungen als Sachverständige gelten und zu den Reichstagskommissionen hinzugezogen werden müßten. Das sei um so notwendiger, da vielfach die Reichstagsabgeordneten in industriellen Fragen nicht sachverständig seien und ihr Handeln in gewisser Abhängigkeit einrichten müßten. Der Vorsitzende Dr. Kaempf bemerkte: Ich bin in den Grundzügen mit den Ausführungen und der Erklärung des Referenten einverstanden. Da ich aber gleichzeitig Präsident des Reichstags bin, muß ich die Bemerkung, daß die Reichstagsabgeordneten ihr Handeln in einer gewissen Abhängigkeit einrichten müßten, ganz entschieden ablehnen. Dr. Brandt bemerkte: Es hat mir fern gelegen, die Reichstagsabgeordneten zu beleidigen, ich halte es aber aufrecht, daß die Abgeordneten in Abhängigkeit gewisser Ständevertretungen handeln. Der Präsident Dr. Kaempf sagte: Ich muß die Worte Dr. Brandts, da sie eine Beleidigung der Abgeordneten und des Reichstags darstellen, entschieden zurückweisen.

Der 7. Parteitag der Reichspartei.

hd. Berlin, 18. März. Heute vormittag begann im Berliner Architektenhaus der 7. Parteitag der vor 20 Jahren gegründeten deutschen Reichspartei. Das erste Referat erstattete Rechtsanwalt Karin über: „Der Reichsgedanke, seine Entwicklung und seine Zukunft“. Der Redner erklärte die Annexion von Posen, Ostpreußen und Hannover als Reichsbruch und Verstoß gegen die Reichsverfassung, die das Gottesgnadentum am schwersten geschädigt habe. Die deutschen Fürsten hätten dies nicht minder getan durch die Zustimmung zum widerrechtlichen Ausschluß des braunschweigischen Herzogshauses vom Thron.

Eine neue Deutung des „Tempo“.

** Paris, 18. März. Wie dem „Tempo“ gemeldet wird, hat in der Wohnung Liman v. Sanders ein Ministerrat stattgefunden, dem Enver-Pascha, der Generalstabschef, und die Mitglieder der deutschen Militärmission beiwohnten. General v. Sanders erklärte, daß Rußland dabei sei, ein viertes Armeekorps an der kaukasischen Grenze aufzustellen, und daß die Türkei mit einer Vermehrung ihrer Streitkräfte an der russischen Grenze antworten müsse. Als Enver-Pascha um Vorschläge ersuchte, habe Liman folgendes Programm aufgestellt: Schaffung von 16 Infanterie-, 20 Kavallerie- und 7 Artillerieregimentern, ferner Ausbau der Städte Roud und Van zu Festungen zweiter Klasse. Das nötige Material soll aus Deutschland geliefert werden.

Das Verfinden des Königs von Schweden.

wb. Stockholm, 18. März. Der König ist heute vormittag von einer Reise nach Norrland zurückgekehrt. Über das Befinden des Königs wird mitgeteilt, daß er in der letzten Zeit an dem gleichen Magenleiden (Cardialgie) wie bisher leide. Der König wird daher in Drottningholm die größtmögliche Ruhe beobachten, aber wie gewöhnlich die Regierungsgeschäfte übernehmen.

Schwere Ausdehnungen von Gymnastikern.

wb. Elbing, 18. März. Im Gymnasium zu Marienburg haben sich sehr unliebsame Vorgänge zugegetragen. Mehrere Sekundaner warfen einem

Behramtskandidaten die Fenster seiner Wohnung ein. Vielen Lehrern wurden anonyme Briefe zugesandt. Dann aber wurde festgestellt, daß seit längerer Zeit die Tür zu dem Konferenzzimmer mit Nachschlüssel geöffnet und Korrekturen an den Arbeitsbogen vorgenommen worden waren. So sollen auch die Examen- und Verles-Arbeiten nachträglich verbessert worden sein. Die Täter sind bekannt. Es handelt sich um die Söhne angesehenen Marienburger Bürger. Einer der jungen Leute wollte sich bereits das Leben nehmen, konnte aber noch daran verhindert werden.

Eine Millionenkiste.

* Münster, 18. März. Der jüngst verstorbene Kommerzienrat Piepmeyer hat testamentarisch 2 Millionen Mark zur Unterstützung von Krüppeln ohne Unterschied der Konfession gestiftet.

Schlägereien in Lissabon.

wb. Lissabon, 18. März. Im Opernhaus-Theater fand gestern eine Barocke zum Behen mittellose amnestischer politischer Verbrecher statt. Als die Zuschauer das Theater verlassen, wurden sie von Rechtenanstellungen mit Hochrufen auf die Republik empfangen. Aus den gegenseitigen Begegnungen entwickelten sich Schlägereien; einige Personen wurden verletzt.

Eine dreitägige Schlacht bei Torreon.

hd. New York, 18. März. Aus Ciudad Juarez wird gemeldet, daß im Norden von Torreon vorgefiert und gestern den ganzen Tag gekämpft wurde. Die Regierungstruppen sollen den Sieg davongetragen haben. Uterria hat den Vormarsch auf Escalon und Rosario gleichzeitig angeordnet und beide sollten die Rebellen überfallen und in der Richtung von Escalon auf Jimena zurückdrängen. Die Rebellen, die bei Rosario kämpften, sollen ganz aufgerieben worden sein.

wb. Gossensfeld, 18. März. Der Bürgermeister Gröbner starb im Alter von 53 Jahren. Er war der Schöpfer des Kurortes Gossensfeld.

Reklamen.



Pris: 1/2 Flasche 85 Pf., 1/4 Flasche (Monat) 42 Pf. 50.

Der Odol konsequent täglich angewendet, gibt nach unseren heutigen Kenntnissen die denkbar beste Zahn- und Mundpflege aus.

Handelsteil.

Nassauische Landesbank.

Dem Jahresbericht der Direktion der Nassauischen Landesbank entnehmen wir weiter: Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Regierungsbezirk Wiesbaden zeigen keine erhebliche Veränderung gegen das Vorjahr, doch machte sich gegen Jahreschluß bei der Industrie auch hier das Nachlassen der Konjunktur bemerklich. In der Verarbeitungsindustrie, die an der Hochkonjunktur nur in beschränktem Maße teilnahm, in Handel und Gewerbe wurde über faulen Geschäftsgang geklagt, die Bautätigkeit zeigte keine Belebung und wurde im abgelaufenen Jahr noch besonders niedergehalten durch die ungünstigen Verhältnisse am Hypothekenmarkt. Dagegen hatte die Landwirtschaft eine in Getreide, Futtermitteln und Kartoffeln gleich vorzügliche Ernte zu verzeichnen. Nur Obst und Wein bildeten eine Ausnahme. Namentlich der Weintrag muß zu den schlechtesten seit Jahrzehnten gerechnet werden. Neben 12 Gemeinden, die eine vollständige Missernte zu verzeichnen haben, stehen andere mit nur 1/2 Herbst und andere mit Zwischenstufen bis zu 1/4 Herbst. Die Qualität schwankt zwischen mittel und sehr gering. Die ungünstigen Verhältnisse am Geldmarkt setzten sich aus dem Jahre 1912 in das Berichtsjahr fort. Der Reichsbankdiskont von 6 Proz., mit dem das Jahr 1913 begann, blieb bekanntlich dreiviertel Jahr bestehen, erst im Oktober konnte die Reichsbank eine Herabsetzung von 1/2 Proz. eintreten lassen, der anfangs Dezember die gleiche Maßnahme folgte. Und ungünstig wie der Geldmarkt, lag auch das ganze Jahr hindurch der Kapitalmarkt. Das Anlagebedürfnis des Publikums hatte sich unter der langen Dauer der politischen Unsicherheit, bei dem ständigen Abbröckeln der Kurse der Anlagewerte, auch der besten festverzinslichen, bei den hohen Geldsätzen, die von den Banken für Depotsentgelt bezahlt wurden, auf ein Mindestmaß reduziert. Wenn es uns trotzdem gelungen ist, im Regierungsbezirk Wiesbaden Landesbankschuldverschreibungen im Betrage von rund 28 1/2 Mill. M. abzusetzen, also 75 Proz. mehr wie im Vorjahr, und wenn dies zu einem verhältnismäßig hohen Kurs geschehen konnte — die 4proz. Schuldverschreibungen notierten anfangs des Jahres 100 Proz. und von Mitte Februar das ganze Jahr hindurch 99 Proz. —, so ist dies ein Beweis für die Beliebtheit unserer Papiere und ihre vorzügliche Klassierung.

Das Abkommen mit der Stadt Wiesbaden über die Gewährung erster Hypotheken bis zur Beleihungsgrenze von 60 Proz. des Wertes in Höhe von 2 Millionen und zweiter Hypotheken bis zur Beleihungsgrenze von 75 Proz. in Höhe von 1 Mill. M. unter Garantie der Stadt für den 50 Proz. des Wertes übersteigenden Betrag ist im abgelaufenen Jahr zur Ausführung gelangt. Das Ergebnis war folgendes: Es wurden bewilligt: 1. Hypotheken im Gesamtbetrag von rund 2 Mill. M. in 32 Einzelposten und 2. Hypotheken im Gesamtbetrag von rund 650 000 M. in 36 Einzelposten. — Daß der für zweite Hypotheken vorgesehene Betrag von 1 Mill. M. nicht voll zur Begebung gelangt ist, hat darin seinen Grund, daß nach einer Entscheidung der staatlichen Aufsichtsbehörde die Befugnis der Landesbank zur Gewährung von Darlehen an Gemeinden nicht ohne weiteres auch die Berechtigung umfaßt,

Darlehen gegen Bürgschaft an Gemeinden zu gewähren. Die Verwaltungsbestimmungen für Landesbank und Sparkasse bedürfen daher zunächst einer entsprechenden Ergänzung, die nunmehr in die Wege geleitet ist. Die Hypothekenvermittlung und Hypothekenverwaltung hat aus den bereits im vorigen Bericht angegebenen Gründen und bei der Fortdauer der ungünstigen Verhältnisse am Kapitalmarkt eine nennenswerte Ausdehnung nicht zu verzeichnen. Es befinden sich zurzeit 13 Hypotheken im Betrage von 212 500 Mark in der Verwaltung der Nassauischen Sparkasse.

Über das Verhältnis der Nassauischen Landesbank zu den Genossenschaften führt der Bericht folgendes aus: „In unserem letzten Jahresbericht mußten wir feststellen, daß unser Verhältnis zu den in unserem Bezirk bestehenden Kreditgenossenschaften kein günstiges sei, da man in diesen Kreisen vielfach durch die Entwicklung unserer Institute eine Beeinträchtigung der Genossenschaften befürchtete. Wir hatten Gelegenheit genommen, unseren Standpunkt in dieser Frage dahin zu präzisieren: „daß wir bei der Verbesserung unserer Sporeinrichtungen, namentlich bei der Vermehrung der Sammelstellen, eine Konkurrenz gegenüber den Genossenschaften nicht beabsichtigen, daß den Genossenschaften durch diese Maßnahmen nach den bisherigen Erfahrungen eine Konkurrenz auch nicht erwächst, daß wir großes Interesse an dem Gedeihen der Genossenschaften und an einem guten Einvernehmen mit ihnen haben, daß wir auf der anderen Seite aber auch für uns das Recht in Anspruch nehmen müssen, unsere Sporeinrichtungen zu verbessern, selbst wenn dadurch im einzelnen Falle dieser oder jener Genossenschaft ein kleinerer Teil ihrer Sporeinlagen entzogen würde. Wir verlangen damit nur diejenige Bewegungsfreiheit, die jeder Sparkasse in der Erfüllung ihrer Aufgaben zugestanden werden muß, und die wir unserserseits auch den Genossenschaften bereitwillig einräumen.“ Inzwischen haben die drei in unserem Bezirke bestehenden Genossenschaftsverbände sich dahin verständigt, eine gemeinschaftliche Untersuchung über die Wirkung der Konkurrenz der Landesbank und Sparkasse auf die Genossenschaften zu veranstalten. Zu diesem Zwecke wurde ein Fragebogen an alle Genossenschaften versandt. Das Ergebnis hat der Vorsitzende des „Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am Mittelrhein“ auf dem Verbandstag in Braubach am 30. Mai 1913 bekanntgegeben. Es lautet durchaus günstig. Es wurde festgestellt, daß die Entwicklung der Nassauischen Landesbank und Nassauischen Sparkasse keineswegs einer günstigen Entwicklung der Genossenschaften hinderlich gewesen sei, die Genossenschaften der drei Verbände hätten ausreichenden Zufluß an Kapitalien zu verzeichnen gehabt. Er führt dann wörtlich aus: „Wir haben meines Erachtens keine Veranlassung zu einem generellen Beschluß, zu einer generellen Stellungnahme gegen die Sparkassen, insbesondere auch gegen die Nassauische Landesbank, sondern wir wollen nach wie vor uns bestreben, mit der Landesbank Hand in Hand zu gehen, und ich kann dabei bemerken, daß das Bestreben auch seitens der Landesbank besteht.“ Wir holen dem nichts hinzuzufügen. Es sei noch bemerkt, daß wir mit einer größeren Anzahl von Kreditgenossenschaften des „Allgemeinen Verbandes“ zum Teil schon seit längerer Zeit in sehr regem und angenehmen Geschäftsverkehr stehen.“

Banken und Geldmarkt.

* Rheinische Bank in Essen. Nach dem Jahresbericht für 1913 verbleibt ein Reingewinn von 2 097 717 M. (2 442 035 M.), aus dem u. a. 5 Proz. (6 Proz.) Dividende verteilt werden sollen. Bei dem Märkischen Bankverein hat sich ergeben, daß die Verluste bei den Engagements, welche die Bank zur Herbeiführung einer ruhigen Liquidation übernommen hat, insbesondere auch infolge der ungünstigen Entwicklung des Grundstücksmarktes eine größere Ausdehnung als vorausgesehen, erreichen können, weshalb sie den außerordentlichen Reservefonds von 2 400 000 M. aufgelöst und hiervon 1 800 000 M. zu diesen Abschreibungen verwandt hat.

wb. Mitteldeutsche Creditbank, Frankfurt a. M. Frankfurt a. M., 18. März. (Eig. Drahtbericht) In der heutigen ordentlichen Generalversammlung der Mitteldeutschen Creditbank wurden sämtliche Anträge der Verwaltung genehmigt und die Verteilung einer Dividende von 6 1/2 Proz., wie in den Vorjahren beschlossen. In den Aufsichtsrat wurden neu gewählt die Herren Fritz Hartmann, Direktor der Deutschen Hypothekbank-Meinungen in Berlin und Dr. Albert Sondheimer in Firma Beer, Sondheimer u. Co. in Frankfurt am Main.

Industrie und Handel.

wb. Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer, A.-G., Frankfurt am Main. Frankfurt a. M., 18. März. (Eig. Drahtbericht) Die heutige ordentliche Generalversammlung der Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer, A.-G. in Frankfurt, hat sämtliche Anträge der Verwaltung, darunter die Verteilung einer sofort zahlbaren Dividende von 25 Proz. auf die alten Aktien und von 12 1/2 Proz. auf die jungen Aktien, einstimmig genehmigt.

* Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-A.-G. Der Aufsichtsrat beantragt eine Dividende von wiederum 25 Proz.

* Düsseldorf-Rattinger Röhrenkesselfabrik vorm. Duerr. Der Aufsichtsrat beantragt 9 Proz. (i. V. 8 Proz.) Dividende.

* Deutsche Erdöl-Gesellschaft. Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 20 Proz. gegen 23 Proz. im Vorjahr vor.

Marktberichte.

S. Fruchtmarkt zu Frankfurt a. M. vom 18. März. Weizen, hiesiger, 20.25 bis 20.50 M., kurhessischer 20 bis 20.25 M., Roggen, hiesiger, 16.25 bis 16.50 M., Gerste, Weizenrauer, 16.25 bis 17.50 M., Gerste, Franken, Pfälzer, Ried, 16.50 bis 17.50 M., Hafer, hiesiger, 16.25 bis 17.35 M., Mais 15 M., Alles per 100 Kilo.

S. Kartoffelmarkt zu Frankfurt a. M. vom 18. März. Kartoffeln in Wagenladung 4 bis 4.50 M., im Detail 5.50 M., Alles per 100 Kilo.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 14 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Bergerdörff, für Redaktionen: B. S. Ruppel; für den Lokalteil: H. Ruppel; für den Anzeigen- und Inseratenteil: H. Ruppel; für den Buchhandel: H. Ruppel; für den Verlags- und Druckereiteil: H. Ruppel; für den Druck: H. Ruppel.

zweckmäßig und nötig, daß zu den Verhandlungen der Reichstagskommissionen auf Wunsch der großen zentralen Wirtschaftsbereitenden, die von diesen Verbänden bestimmt werden, als Sachverständige mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Auch eine bessere und zuverlässigere Berichterstattung über die Kommissionsverhandlungen des Reichstags ist dringend notwendig. Daneben muß der Deutsche Handelstag allerdings auch an die Unternehmer die ernste Mahnung richten, im politischen Leben ihrer Wohnbezirke tätig zu sein. Der Deutsche Handelstag will mit solchen oder ähnlichen wirklich zu dem von ihm bezeichneten Ziele führenden Maßnahmen keine Nachpolitik von Industrie und Handel gegenüber dem Reichstag betreiben und keine einseitigen Interessen im Reichstag vertreten sehen, sondern er verlangt nur die Sicherung zweckmäßiger Wirtschaftsverhältnisse mit Hilfe einer sachverständigen Aufklärung der Reichstagsabgeordneten in den Fällen, wo eine solche Aufklärung und Unterrichtung über tatsächliche Zustände im Gewerbe und die Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen des Reichstags im Interesse der deutschen Volkswirtschaft notwendig ist.

Vor Eröffnung der Diskussion erklärte der Präsident Dr. Raempf, daß er zwar dem Antrag des Ausschusses beistimme, daß er aber einzelne Vorwürfe des Referenten, so weit sie das angebliche Handeln der Reichstagsabgeordneten gegen ihre Überzeugung betreffen, für seine Person ablehnen müsse. — Nach dem Referat Dr. Brandts über diese Erklärung kam es zu dem in der Morgen-Ausgabe bereits mitgeteilten Zwischenfall. — Die Erklärung des Ausschusses wird einstimmig angenommen.

Nach einer kurzen Pause behandelte Regierungsdirektor v. Rasch (München) das Thema

Lebensversicherung öffentlich-rechtlicher Körperschaften. Namens des Ausschusses legte er der Versammlung folgende Erklärung vor:

„Der Deutsche Handelstag spricht sich dagegen aus, daß der Staat und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften in immer weiterem Umfang eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, durch welche die private wirtschaftliche Tätigkeit geschädigt wird. Nur im besonderen Maße es rechtfertigen, sollte eine Ausdehnung der staatlichen und kommunalen wirtschaftlichen Tätigkeit stattfinden. Diese Voraussetzung ist auf dem Gebiete der Lebensversicherung nicht gegeben. Der Ausschuss muß vielmehr die große und erfolgreiche, dem Gemeinwohl dienende Arbeit der privaten deutschen Lebensversicherungsgesellschaften anerkennen und bezweifeln, daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten diese Aufgabe besser zu erfüllen imstande sein werden. Eine scharfe Beurteilung bedient es, daß Staats- und Kommunalbeamte für die von den öffentlich-rechtlichen Körperschaften ins Leben gerufenen Versicherungsanstalten persönlich wirken und ihre Unter- oder auch ganzungunsten der privaten Tätigkeit beeinträchtigt wird.“

Zur Begründung dieser Erklärung führt Regierungsdirektor v. Rasch (München) folgendes aus: Bis vor wenigen Jahren ist das Bedürfnis des deutschen Volkes, das Leben zu versichern, ausschließlich durch private Lebensversicherungen gedeckt worden. Seit wenigen Jahren sind in Preußen, und zwar zunächst in Ostpreußen, öffentliche Anstalten begründet worden, die sich öffentlich-rechtliche Lebensversicherungen nannten. Richtiger wäre es zu sagen, es sind öffentliche Anstalten von öffentlich-rechtlichen Korporationen begründet, ähnlich denjenigen, die im 18. Jahrhundert unter dem Namen Feuerzettelgesellschaften gegen Brandschaden entstanden sind. Im Grunde genommen ist in Deutschland für diese öffentlich-rechtlichen Versicherungen kein unbedingtes Bedürfnis vorhanden; denn im Jahre 1912 gab es 400 inländische und 20 ausländische Versicherungsanstalten, und Ende 1911 waren bei 59 Gesellschaften 3 1/2 Millionen Menschen zusammen mit einem Kapital von über 18 Milliarden Mark versichert. Die Beispiele von England und Amerika sollen aber beweisen, daß noch viel zu wenig versichert wird. In dessen dürfte das Beispiel dieser beiden Länder auf Deutschland nicht zutreffen; denn bei uns sind 1 1/2 Millionen in der Krankenversicherung, 2 1/2 Millionen in der Unfallversicherung und 16 Millionen in der Invaliden- und Altersversicherung; dazu kommt noch das Heer der Angestellten. Wollte man also wirklich auf die Bedürfnisfrage zurückgreifen, so kann man das Bedürfnis der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten für Deutschland nicht ohne weiteres zugeben, wenn man es auch nicht unbedingt zu leugnen braucht. Leider hat sich zwischen den öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten und den privaten Anstalten ein scharfer Gegensatz herausgebildet. Die Konkurrenz der ersteren, die von allen Regierungsbehörden bevorzugt werden, macht sich für die privaten Gesellschaften, die doch Steuerzahler sind, sehr fühlbar. Ist es überhaupt billig, daß aus Mitteln der Steuerzahler Institute geschaffen werden, die einem Erwerbszweig Konkurrenz bieten? Dabei haben die privaten Gesellschaften auch den Vorzug, daß sie sich weit schneller als die öffentlich-rechtlichen den Verhältnissen anpassen. Der Einwand, der vielfach von den Anhängern der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten gemacht wird, daß diese billiger seien als die privaten Gesellschaften, trifft nicht zu; denn die später eintretende Dividende macht womöglich die privaten Gesellschaften noch billiger als die öffentlich-rechtlichen. Den privaten Gesellschaften aber Konkurrenz zu machen, ist auch schon deshalb bedenklich, weil die Sicherheit des Unternehmers durch jegliche öffentlich-rechtliche Konkurrenz gefährdet erscheint. Es ist erfreulich, daß der deutsche Reichstag im allgemeinen — mit Ausnahme der Konservativen — diesen Standpunkt vertritt und daß dadurch die Regierung vielleicht bewegt wird, daß die Bevorzugung der öffentlich-rechtlichen Anstalten aufhört. Der Vorwurf gegen die privaten Gesellschaften, daß sie ihr Kapital nicht in den Gegenden anlegen, aus denen sie es ziehen, ist zurückzuweisen, schon aus Gründen der Sicherheit des Unternehmers. Redner bittet um Annahme der Erklärung.

Der Syndikus der Handelskammer Alsenstein, Dr. Schauen, greift besonders den letzten Vorwurf gegen die privaten Gesellschaften heraus. Die Einführung der öffentlich-rechtlichen Versicherungen bedeute entschieden eine Stärkung der Selbstverwaltung und schon deshalb müsse der Handelstag die öffentlich-rechtlichen Anstalten vor Angriffen bewahren. Der Redner stellt einen Gegenantrag in diesem Sinne. — Kommerzienrat Ranasse (Stettin) vertritt den Standpunkt, daß die Begründung der öffentlich-rechtlichen Anstalten der Beginn der Verstaatlichung der Lebensversicherungen sei. Aus diesem Grunde müsse man die öffent-

lich-rechtlichen Versicherungen, wenn auch nicht bekämpfen, so doch dafür sorgen, daß keine Bevorzugung dieser Institute eintritt. — In einem Schlusswort widerlegt Regierungsdirektor v. Rasch die Angriffe Dr. Schauen und bittet um Annahme der vom Ausschuss angenommenen Erklärung. — Der Antrag des Ausschusses wird gegen eine Stimme angenommen.

Den Schluss der Sitzung bildete die Beratung über die vom Ausschuss beantragte Erklärung, betreffend den Einfluss des Krieges auf Verträge zwischen Angehörigen der kriegsführenden Staaten. Nach Annahme einer diesbezüglichen Erklärung verlagte sich der Handelstag auf Donnerstag.

Der Erbprinz von Braunschweig.

Braunschweig im Festschmuck.

Wb. Braunschweig, 19. März. Die Hauptstraßen der Stadt erstrahlten gestern Abend im Lichterschmuck, der sich besonders eindrucksvoll in der Nähe des Residenzschlosses gestaltete. Seitens nachmittags, als gerade zwei Offiziersflieger der Halberstädter Militärfliegerschule aus den Lüften auf das Residenzschloß Glückwünsche für das Herzogspaar herabwarfen, verließen die Kaiserin und der Herzog im Fünferzug den Schloßhof. Sie waren auf der Autofahrt der Gegenstand herzlicher Kundgebungen.

Die Reise des Kaisers nach Braunschweig verschoben.

* Berlin, 19. März. Die Reise des Kaisers nach Braunschweig ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Das übrige Reiseprogramm des Kaisers erfährt dagegen keinerlei Änderung.

Der Glückwunsch der Stadt Gmunden.

Wb. Gmunden, 18. März. Der Herzog von Braunschweig sandte an den Bürgermeister folgende Depesche: „Ich teile Ihnen hoch erfreut die Geburt eines Sohnes mit. Mutter und Kind sind wohl.“ Der Bürgermeister sandte sofort die herzlichsten Glückwünsche Gmundens an das Herzogspaar in Braunschweig.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser hörte Mittwochs vormittag den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini.

Das Kronprinzenpaar hatte gestern Abend ein Kostümfest in kleinen Rahmen gegeben, zu welchem ungefähr 50 Einladungen ergangen waren. Unter den Geladenen befanden sich Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich, Prinz und Prinzessin August Wilhelm, Prinz Oskar, Prinzessin Friedrich Wilhelm sowie das diplomatische Korps.

* Die älteste Wittelsbacherin. Herzogin Abdegunde von Modena, geborene Prinzessin von Bayern, vollendet heute, wie aus München berichtet wird, in großer Mäßigkeit das 91. Lebensjahr. Die Herzogin ist die älteste Wittelsbacherin in der ganzen Geschichte des Hauses, wie ihr Bruder von allen männlichen Wittelschern das höchste Lebensalter erreicht hat. Die greise Fürstin verlegt den Winter in der Münchener Residenz, den Sommer bei Brien am Chiemsee zu verleben.

* Bei der Nachfeier des „Jasmund“-Tages in Swinemünde lief folgendes Telegramm des Kaisers ein: „Erzellenz Iwonius. Der Guldigungsgruß von der „Jasmund“-Feier hat mich sehr erfreut, zumal er von einem alten Krieger, der sich bei Jasmund den Schwertorden erwarb, verfaßt ist. Nehmen Sie meinen herzlichsten Dank für sich und die treuen Männer, die an der Feier teilgenommen haben, entgegen. Das Beispiel Jasmunds wird lebendig bleiben in meiner Marine. Wilhelm, I. R.“

* Der kaiserliche Hof und das Organ der Fremdenlegation. Das offizielle Organ der französischen Fremdenlegation, das sich bemüht, den Dienst in Nordafrika als ein „Jdyl“ auszumalen, führte neulich unter den hinzugekommenen Abonnenten auch das Zivilkabinet des deutschen Kaisers an. Auf eine Anfrage einer Korrespondenz teilte nun das Kabinet mit, daß aus der Umgebung des Kaisers ein solches Abonnement nicht erfolgt sei, daß aber einzelne Nummern der Zeitschrift ohne Bestellung seit einiger Zeit dem Zivilkabinet überliefert worden seien.

* Der Ausbau des Kolonialinstituts. Die Bürgerchaft von Hamburg nahm gestern den Antrag des Senats auf Ausbau des Kolonialinstituts durch die sofortige Errichtung von drei Professuren für die Sprache und Kultur Japans, für die Kultur und Geschichte Indiens und für die Geschichte und Kultur Rußlands sowie die Errichtung einer kolonialgeschichtlichen Abteilung am historischen Seminar an. — Zu den Unkosten des Prinz-Geinrich-Fluges 1914 bewilligte die Bürgerchaft eine Beihilfe von 40 000 M., und zur Beisatzung eines Ehrenpreises für diesen Flug 2500 M.

* Der 7. Parteitag der Rechtspartei. Wie bereits kurz berichtet, ist gestern in Berlin unter Beteiligung von etwa 100 Teilnehmern der 7. Parteitag der vor 20 Jahren in Frankfurt a. M. gegründeten Deutschen Rechtspartei (natürlich nicht Reichspartei, wie infolge eines Druckfehlers in der Morgenausgabe mitgeteilt wurde) von dem Vorsitzenden, Vizelandmarschall von Derben-Beppin, eröffnet worden. Den ersten Bericht erstattete Rechtsanwalt Martin (Kassel) über den Rechtsgedanken, seine Entwicklung und seine Zukunft. Er wies darauf hin, daß der junge Welfenherzog zwar regiere, aber nur weil er sich eine preussische Frau genommen habe. Nicht das Recht habe gegolten, sondern Seine Majestät der deutsche Kaiser. An das Herzogspaar in Braunschweig wurde ein Glückwunschtelegramm abgeschickt. Der Reichstagsabgeordnete Albers sprach über den Ausbau des Deutschen Reiches, wobei er eine ganze Reihe verwickelter alldeutscher Ausbreitungs- und Bündnisideen zum besten gab. Dr. Ottomar Schuchardt (Dresden) sprach als Gegenberichterstatter über auswärtige Politik im Sinne eines Realismus, der einen unheilvollen Krieg heranzulassen sieht. Er empfahl eine Politik der Kolonisation der unteren Donau und weiterhin bis Vorderasien.

In der Aussprache erklärte Jakob (Kassel), daß sich die Rechtspartei mit dem Reich durchaus identifiziere und nur Bismarcks Politik im Sinne des Vorredners korrigieren wolle. Schriftsteller Otto Eiser (Braunschweig) bezweifelte die Möglichkeit eines engeren Verhältnisses mit Österreich. Reichstagsabgeordneter Freiherr von Scheele forderte die Aufhebung der Annexionen, nicht nur Hannovers, und milderte die „alldeutschen Klänge“ der Vorredner. Nach einem Schlusswort des Rechtsanwalts Martin (Kassel) wurde eine Entscheidung im Sinne des bekannten Einspruchs der rechtsparteilichen Gruppen angenommen. Die Entschliebung führt aus, daß die Erfüllung der Forderung der Rechtspartei das Vertrauen der Nachbarvölker neu erwecken und eine engere Verbindung mit den habsburgischen Ländern ermöglichen werde. Damit schlossen die Verhandlungen der Tagung, auf der die rechtsparteilichen Gruppen aus Hannover, Braunschweig, Mecklenburg, Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt, Sachsen, Württemberg, Rheinland, Westfalen und Hamburg vertreten waren.

* Die Märzfeier in Berlin. Anlässlich des Gedenktages der Märzgefallenen von 1848 wurde deren Ruhestätte im Friedrichshain von zahlreichen Abordnungen besucht, welche Kränze niederlegten. Bis zum Mittag wurden etwa 350 Kränze gesetzt. Ein Schuttmann-Aufgebot hielt die Kranzträger an, um die Inschriften zu zentrieren. Eine ganze Anzahl von Schleifen ist der Ehre des Jenseits zum Opfer gefallen. Unter den Schleifen überwiegt, wie immer, das Rot der sozialdemokratischen Partei, doch liegen auf den Gräbern auch bereits einige Kränze mit schwarz-rot-goldenen Schleifen und einer von der schwarzen Farbe der Anarchisten.

* Die Stichwahl in Vorna-Beau ist, wie die „Post“ erfährt, auf Donnerstag, den 26. März, angesetzt worden.

* Das preussische Staatsministerium ist am Mittwoch zu einer Sitzung zusammengetreten.

* Der Waffenarbeiterausstand in Solingen. Gestern wurden 6000 Waffenarbeiter in Solingen ausgeperrt, weil der Verband der Waffenarbeiter den Streik über die Firma Eckhorn nicht aufheben will.

Parlamentarisches.

Das Kompromiß zur Reichsbeamtenbesoldung. In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags wurde der seit einigen Tagen vorbereitete Kompromißantrag aller bürgerlichen Parteien zur Beamtenbesoldungsreform eingebracht. Dieser Antrag enthält eine Reihe von wichtigen Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage. Zunächst soll nach ihm die Klasse 11a, die Steuerbeamten, Raschenauffassanten, Telegraphisten, Weichenwärter beim Kanalamt, Materialienverwalter, Posten 2. Klasse, Untersteuerleute, Telegraphisten bei der Seewarte, Postunterbeamte in gehobenen Dienststellungen, Telegraphisten, Interassistenten bei der Reichseisenbahnverwaltung, Lademeister, Lokomotivführer bei der Heeresverwaltung usw. mit einem Gehalt von 1400 bis 2100 M. umfaßt, höher hinaus hinter die Klasse 11b rücken, und zwar mit folgenden erhöhten Gehaltsstufen: 1500, 1640, 1750, 1920, 2060, 2200 M. Die Bibliothekshelferinnen kommen beim Wohnungszuschuß von der Tarifklasse 4 in die Tarifklasse 5. Die Buchführer bei den Technischen Instituten der Heeresverwaltung werden aus der Klasse 17a (1650 bis 3000 M.) heraufgehoben in die Klasse 21 (1800 bis 3300 M.). Die Ober-Postpraktikanten kommen aus der Klasse 35 (2500 bis 4500 M.) hinauf in die Klasse 42 (2500 bis 5000 M.). Die Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen und die Post- und Telegrapheninspektoren (bisher Klasse 42 mit 2500 bis 5000 M.), ferner die Vizeinspektoren bei Post- und Telegraphenämtern 1. Klasse und die Oberpostinspektoren (bisher Klasse 48 mit 3000 bis 6000 M. Gehalt) sowie die Telegraphen-Ingenieure (bisher Klasse 52 mit 3000 bis 6000 M.) rücken hinauf in die Klasse 57 mit 3000 bis 7200 M. Schließlich bestimmt der Kompromißantrag noch, daß das Besoldungsdienstalter der Post- und Telegrapheninspektoren und der Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen um je drei Jahre zurückgerückt wird.

Die Frage der Einziehung staatlicher Schiffsabgaben durch Gemeinden. Die Kommission des Abgeordnetenhauses für die Vorbereitung des Kommunalabgabengesetzes hatte sich gestern mit dem Entwurf des Gesetzes über die Einziehung staatlicher Schiffsabgaben durch Gemeinden und Private zu befassen, nachdem ihr dieser Gesetzentwurf überwiesen war. Der Gesetzentwurf bezweckt, dem Staate die Möglichkeit zu geben, die Gemeinden zu zwingen, die Erhebung von staatlichen Wasserabgaben auf den neu eröffneten und bereits bestehenden Wasserwegen gegen Entgelt zu übernehmen, wobei das Entgelt mindestens so hoch sein soll, daß die Erhebungs-kosten gedeckt werden. Über die Höhe der Entschädigung sollen, sofern keine Verständigung unter den Beteiligten erzielt wird, der Bezirksausschuss und im Beschwerdewege der Minister der öffentlichen Arbeiten, der Finanzminister und der Minister des Innern entscheiden. Von konservativer Seite und vom Zentrum wurden Bedenken dagegen erhoben, den schon ohnehin stark belasteten Gemeinden noch weitere Arbeiten aufzuerlegen. Die Regierungsvorleger hoben hervor, daß den Gemeinden, die ja für ihre Bemühungen vollen Ersatz erhalten, durch Einrichtung von Hebestellen in ihrer Nähe die Möglichkeit intensiver Benutzung der Wasserwege erleichtert werden soll, was nur dann möglich ist, wenn die Gemeinden auch die Hebestellen gegen Erhaltung der Kosten mit ihren Beamten besetzen. Auch das vorhandene Schlepptomopol zwinge zu einer besartigen Regelung der Sache. Ein fiskalisches Interesse wolle nicht ob, da der Staat durch die Garantieverbände gedeckt sei. Die Redner der fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen und der freikonservativen Partei stimmten dem Gesetzentwurf im Prinzip zu und verlangten nur, daß als Beschwerdeweg für die Höhe der zu gewährenden Entschädigung nicht das Ministerkollegium, sondern der Landeswasserbeirat eingesetzt werde. Der fortschrittliche Redner trat insbesondere im Interesse einer schnellen Abmilderung des Verkehrs für das Gesetz ein. Das Gesetz wurde schließlich mit den Stimmen der konservativen Partei und des Zentrums in allen Teilen abgelehnt.

Heer und Flotte.

Großadmiral v. Tirpitz. Sämtliche Berliner Morgenblätter erkennen aus Anlaß der Vollendung seines heutigen 5. Lebensjahres die 17 Jahre währenden Dienste des Großadmirals v. Tirpitz an der Spitze der Marineverwaltung an.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Verlegung des Hoflagers nach Ungarn. Budapest, 19. März. Das ungarische Hofmarschallamt hat nunmehr mitgeteilt, daß Kaiser Franz Joseph zu mehrtägiger Aufenthalt nach Budapest kommen dürfte. Sowohl in der Ofener Burg wie im Schloß zu Gödöllö werden Vorbereitungen zum Empfang des Kaisers und des Hofstaates getroffen. Die Ankunft in Budapest dürfte am 23. oder 24. April erfolgen. Der Monarch wird in der Ofener Burg Deputationen empfangen. Ferner sind zwei Hofdamen vorgeseh. Nach Gödöllö wird der Monarch anfangs Mai überhiedeln und daselbst dem Weidwerk obliegen. Offizieller Besuch des Kaisers findet auf besonderen Wunsch des Monarchen nicht statt.

Die ungarische Opposition gegen den Dreibund. Budapest, 19. März. Im ungarischen Abgeordnetenhaus kam es gestern bei der Nationalitätenrede zu einem scharfen Angriff gegen den Dreibund. Der Abgeordnete und frühere Justizminister Polonki hielt eine Rede, in der er dem Grafen Michael Károly den Dank der Opposition aussprach, weil dieser eine Aktion zur Bekämpfung der Dreibundpolitik eingeleitet hat. Er verlas einen Artikel der „Közvetlen Újság“, in dem ausgeführt wird, daß Rußland zu Ungarn in innigere Beziehungen zu treten wünsche. Die Oppositionspartei feierte den Redner durch laute Ovationen.

Abkürzung der österreichischen Parlamentssitzung. Wien, 18. März. In Abgeordnetenkreisen ist eine Aktion im Gange, um die Regierung zu veranlassen, mit Rücksicht auf das Verhältnis zu Ungarn und die Beschaffung der Staatsnotwendigkeiten die Parlamentssitzung abzukürzen und im Juni das Abgeordnetenhaus zu einer neuen kurzen Sommer-session einzuberufen.

Der Austritt aus dem ungarischen Landeskasino. Budapest, 19. März. Der Austritt von Offizieren aus dem Landeskasino hat mit dem heutigen Tage begonnen. 60 Offiziere haben bereits dem Präsidenten des Kasinos ihre Austrittserklärung überreicht.

Luxemburg.

Ein heftiger deutschfeindlicher Zwischenfall. Luxemburg, 19. März. An einem gestern abend vom Hofe gegebenen Diner zu Ehren des diplomatischen Korps sollten u. a. außer dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Freiherrn v. Rheinbaben, auch mehrere deutsche Offiziere teilnehmen. Als sich nun kurz vor dem Diner drei Offiziere zu Fuß durch die Straßen der Stadt ins Schloß begeben wollten, sammelte sich plötzlich ein Trupp halbwüchsiger Juchser an, die zu johlen und zu lärmern begannen und den Offizieren Schmähsprüche nachriefen. Die Marzillade wurde gesungen und auf Bahren bezügliche Witze ertönt. Der Polizei gelang es bald, die Menge zu zerstreuen. Der Zwischenfall erregt in ganz Luxemburg heftiges Aufsehen und wird von der öffentlichen Meinung entschieden verurteilt.

Belgien.

Die Antwerpener Festungswerke. Brüssel, 18. März. In der Kammer ereignete sich heute ein Zwischenfall. Anlässlich einer schon gestern verhandelten und noch nicht beendeten Interpellation der Liberalen über den jetzigen Zustand der Landesverteidigung machte der Liberale Monbille den Chef des Generalstabs, General de Geunin, für den jetzigen Zustand der Antwerpener Verteidigungen verantwortlich. Der General hat heute an den Abgeordneten einen Brief geschickt, in dem er ihm die Kompetenz abspricht und sich gegen die Anklage verwehrt, die den Deputierten lächerlich machte. Der Kriegsminister bewahrte das Vorgehen des Generalstabschefs und stellte eine Untersuchung des Falles in Aussicht. Auch der Präsident nahm die Abgeordneten gegenüber derartigen Angriffen von Personen, die außerhalb des Hauses stehen, in Schutz.

Frankreich.

Die Kosten der Monarchenbesuche. Paris, 18. März. Die Regierung hat einen Kreditantrag über 421 000 Franken in der Kammer eingebracht zur Deckung der Kosten des bevorstehenden Besuchs des Königs von England und des Königs von Dänemark.

Die Affäre Rochette-Gaillaux. Paris, 19. März. Die parlamentarische Untersuchungskommission in der Rochette-Affäre wird heute ihre erste konstituierende Versammlung abhalten und am Freitag ihre Arbeiten beginnen. — Die sozialistische-radikale Gruppe der Kammer, zu der auch Gaillaux und zahlreiche der bekanntesten Politiker der Linken gehören, hat gestern einen Antrag angenommen, in dem sie Gaillaux ihre volle Sympathie ausdrückt. — Jaurès berief als Vorsitzender der Rochette-Untersuchungskommission diese für morgen nachmittag zusammen, ohne die Abstimmung des Senats über die Verleihung richterlicher Befugnisse an die Kommission abzuwarten. Jaurès glaubt, daß, wenn die Kommission am Freitag ihre Arbeiten beginnt und Sitzungen ohne Unterbrechung von morgens bis abends abhält, sie in drei bis vier Tagen Ergebnisse vorlegen können.

Das Leichenbegängnis Calmettes. Paris, 18. März. Das Leichenbegängnis Calmettes findet am Freitagmittag auf dem Friedhofe von Montmartre statt.

Ein zeitweiliger Rücktritt des Marineministers Monis. Paris, 19. März. In parlamentarischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß der Marineminister Monis, der vor dem Rochette-Ausschuß erscheinen soll, für die Dauer der Untersuchung von seinem Amte zurücktreten werde. Falls die Untersuchung ergebe, daß er sich keines tadelnswerten Vergehens schuldig gemacht habe, werde er wieder an die Spitze des Ministeriums treten, das inzwischen provisorisch von einem anderen Mitglied des Kabinetts geleitet werden soll. Man erinnert daran, daß seinerzeit auch Bourgeois, der während der Panama-Affäre als Justizminister im damaligen Kabinet Ribot eines unkorrekten Schrittes beschuldigt worden war, seine Entlassung erbat, um als Zeuge vor dem Schwurgericht zu erscheinen, und vier Tage später sein Portefeuille wieder übernahm.

Fräulein Oberstaatsanwalt. Paris, 18. März. Der Oberstaatsanwalt Fräulein erklärte einem Berichterstatter gegenüber, daß er durchaus nicht daran denke, seine Entlassung einzureichen. Er würde eine solche Handlungsweise als eine Flucht mitten im Kampfe ansehen.

Eine Demonstration gegen Delmas. Paris, 18. März. Wie aus Versailles gemeldet wird, haben die dortigen Nationalisten heute morgen vor dem Hause des rhablischen Abgeordneten Delmas eine feindselige Kundgebung veranstaltet,

weil dessen Gattin heute in der „Dépêche de Versailles“ einen Artikel veröffentlichte, in welchem sie das Vorgehen der Frau Gaillaux verteidigt und in schärfster Weise die von dem ermordeten Direktor des „Figaro“, Calmette, gegen den früheren Finanzminister unternommene Fehde tabelt.

Walfour durch Steinwürfe verletzt. Nizza, 19. März. Der englische Staatsmann und Politiker Walfour unternahm gegen Abend im Automobil eine längere Fahrt, die von Cannes nach Cannes führte. In seiner Begleitung befand sich der englische Tennis-Champion Widding. Untenwegs schleuderten junge Burschen mehrere Steine nach dem Automobil, Walfour wurde getroffen und erlitt eine leichte Verletzung.

England.

Die Flottenpolitik Churchills. London, 18. März. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung des Unterhauses griff Snowden (Arbeiterpartei) die Flottenpolitik der Regierung scharf an und erklärte, die Haltung Churchills sei eine Gefahr für die Sicherheit des Landes und eine Drohung für den Weltfrieden. Snowden fragte, weshalb es notwendig sei, die Mittelmeerflotte zu verstärken. Denn wenn England mehr Schiffe dorthin verlege, würde Italien und Österreich-Ungarn ihre Flotten vergrößern, und wenn dies so fortginge, so würde England in wenigen Jahren einen Marinetat von 100 Millionen Pfund haben. Im weiteren Laufe seiner einseitigen Rede machte Snowden einen heftigen Angriff auf den Rüstungsring. Er erklärte: Wir müssen herauskommen aus den Klauen der Schwindler, Diebe, Politiker, Generäle und Rüstungsführer und einen tatsächlichen Beweis geben von unserem Wunsche, die Flottenausgaben herabzusetzen. — In der Abend-Sitzung des Unterhauses lenkte Aubrey Herbert (Unionist) die Aufmerksamkeit auf die politische und strategische Lage im Mittelmeer und brachte eine Resolution ein, in der erklärt wird, die Lage im Mittelmeer erfordere eine vermehrte Wachsamkeit der Regierung und mache die Vereinstellung einer angemessenen Flottenmacht zum Schutze des Weges nach Indien notwendig. Lord Bessford (Unionist) bemängelte scharf das Programm Churchills und erklärte, daß Churchills einen wichtigen Punkt nicht berührt habe, nämlich den, wie die Flotte stark genug gemacht werden sollte, um der größer gewordenen Verantwortung des Reiches in der freitragenden Periode zu begegnen. Bessford verlangte dringend die Ernennung eines Reichsausschusses von Vertretern aller Parteien und Dominions, um einen methodischen Plan für die Reichsverteidigung auszuarbeiten.

Spanien.

Kein Verzicht und keine Verlobung des Prinzen Don Jaime. Wien, 18. März. Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, sind bisher an unrichtiger Stelle keine Nachrichten über den Verzicht des Prinzen Don Jaime auf seine Thronansprüche und eine Verlobung desselben mit der Prinzessin Viktoria von Connaught eingetroffen.

Italien.

Der Papst schonungsbedürftig. Rom, 18. März. Wie der Vertreter der „Telegraphen-Union“ von vatikanischer Seite erzählt, läßt das Befinden des heiligen Vaters in der letzten Zeit wieder zu wünschen übrig. Die Ärzte haben dem Papste weitgehende Schonung auferlegt. Infolge der anhaltenden Indisposition des Papstes werden die anlässlich des morgigen Jahrestages üblichen Diplomaten-Empfänge nicht stattfinden.

Rußland.

Der neue Generalkonsul. Petersburg, 19. März. Zum Chef des Generalkonsulats ist der bisherige Direktor der Kriegsakademie, Professor Dr. Januschewitsch, ernannt worden. Er ist 45 Jahre alt und hat in den letzten Jahren viel an den militärischen Reformen Rußlands mitgearbeitet.

Bildung eines freiwilligen Fliegerkorps. Petersburg, 18. März. Im Moskauer russischen Aeroklub hat sich ein freiwilliges Fliegerkorps aus Herronfliegern gebildet, die sich im Kriegsfall zur Verfügung des Kriegsministers stellen wollen.

Balkanstaaten.

Die Revision der rumänischen Verfassung. Bukarest, 18. März. Die Kammer hat heute in erster Lesung in namentlicher Abstimmung mit 100 gegen 1 Stimme bei acht Stimmenthaltungen beschlossen, den Entwurf über die Revision der Verfassung in Erwägung zu ziehen. Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit anhaltendem Beifall aufgenommen. Der Senat hat die Antwort auf die Thronrede mit 72 gegen 5 Stimmen angenommen.

Mexiko.

„Massenjustiz.“ New York, 19. März. Die „Evening Sun“ meldet aus Mexiko, daß in Nojula de Juarez 149 Meuteer gestern früh aus der Kaserne der Bundesstruppen auf freies Feld geführt und erschossen worden sind. Die Massenerschießung dauerte nur eine halbe Stunde. Die Leute wurden in Abschnitten von 12 Mann vor einen Sandhaufen geführt und erschossen. Die Leichen wurden abdann in ein gemeinsames Grab geworfen.

China.

Die Verfassungskonferenz. Peking, 18. März. Die Verfassungskonferenz ist in Anwesenheit von fünfzig Mitgliedern eröffnet worden. Der Ministerpräsident Sun Yat-schi verlas eine Einführungsansprache. Die Mitglieder sind meistens alte Beamte und Literaten, die jedenfalls Erfahrung und überdies Zutrauen zu Yuan-shikais Regierungsprogramm besitzen.

Südafrika.

Die Bevorzugung deutschen Eisenbahnmateriells. Kapstadt, 17. März. Im Abgeordnetenhaus teilte der Eisenbahnminister Burton auf eine Anfrage bezüglich der kürzlich nach Deutschland gegebenen Aufträge für Lokomotiven und Waggons mit, aus den bei den Angeboten gestellten Preisforderungen sei hervorgegangen, daß die Forderungen der britischen Angebote für Lokomotiven zwischen 6515 und 7190 Pfund Sterling schwanken, während das deutsche Angebot 5280 Pfund Sterling verlangte. Dies Angebot sei angenommen worden. Die britischen Angebote für 94 Waggons hätten zwischen 82 100 und 96 478 Pfund Sterling gebzwungen, während sich das deutsche auf 60 408 Pfund gestellt habe. Auch dies sei angenommen worden. Die Regierung habe alle Aufträge, soweit ihr dies möglich gewesen, nach England gegeben. Man sei jedoch leichsin mit den steigenden englischen Preisen unzufrieden gewesen. Der Regierung scheine der Verdacht nicht unberechtigt zu sein, daß die englischen Bewerber um die Aufträge gemeinsame Sache machten.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Kostümfest im Kurhaufe. Als angenehme Unterbrechung der langen Fastenzeit hatte die Kurverwaltung gestern abend ein Kostümfest veranstaltet, das sich eines recht guten Zuspruchs erfreuen konnte. Der kleine Saal und die Wandelhalle waren den tanzennden Paaren, die in der überfüllten Mehrzahl in Balltoilette erschienen waren, zur Verfügung gestellt und zwei Kapellen sorgten dafür, daß die Gelegenheit zum Tanze auch weiblich ausgenutzt werden konnte. Das fröhliche Fest, das in seinem Verlaufe bei allen Anwesenden anerkennde Beurteilung fand, hatte gegen 8 Uhr seinen Abschluß erreicht.

— Gemeindevahlen und Sozialdemokratie. Die Gemeindevahlkreise in unseren Vororten haben mit derjenigen in Bierstadt ihren Abschluß gefunden. Man spricht heute so viel von einem Niedergang der Sozialdemokratie, davon aber — das muß zugestanden werden — ist bei diesen Wahlen nichts zu bemerken. In Erbenheim traten Sozialdemokraten neu in die Vertretung, und zwar gleich vier auf einmal. In Schierstein gewann die Partei ein Mandat. Bürgerliche Gegenkandidaten waren in der dritten Klasse überhaupt nicht aufgestellt. In Dohheim ist die ganze dritte Klasse in den Händen der Sozialdemokratie. Auch dort erschienen bürgerliche Gegenkandidaten nicht auf dem Plane. In Bierstadt ist durch die Wahl zweier Sozialdemokraten der Besitzstand gewahrt worden. In Frauenstein wurde ein Mandat gewonnen, in Rombach der alte Besitzstand behauptet, und von allen unseren Vororten sind es nur Wiebich und Sonnenberg, wo die Sozialdemokraten Niederlagen zu verzeichnen haben. In Sonnenberg hatte die Partei schon in den letzten Jahren keine Vertretung mehr auf dem Gemeindevahlhaus, und sie hat auch keine neu gewonnen. Die bürgerliche Liste ging glatt durch. In Wiebich allein wurden Sozialdemokraten aus der Stadtverordnetenversammlung „herausgemöhlt“. Das wäre die einzige Niederlage, die sie zu verzeichnen hatten. Aufgewogen wird sie zum Teil wenigstens durch den Gewinn eines Mandats hier in Wiesbaden.

— Feuerbestattung. Empfindet es sich noch für Anhänger der Feuerbestattung, dem „Verein für Feuerbestattung“ beizutreten? Nachdem wir in Wiesbaden ein städtisches Krematorium besitzen, auch die Stadt unentgeltlich durch einen Beamten eine die Feuerbestattung anordnende leghilfige Verfügung aufnehmen und diese dann in Verwahrung nehmen läßt, glauben manche Anhänger der Feuerbestattung, daß nun der Beitritt zu einem Verein für Feuerbestattung überflüssig geworden sei. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Der Verein leistet für den Jahresbeitrag von 4 M., den die Einzelperson oder das Ehepaar zu zahlen hat, recht Erleichterendes. Er sorgt in Todesfällen nach gegebener Anzeige dafür, daß die Hinterbliebenen von jeder auf die Bestattung bezüglichen Mühewaltung befreit bleiben. Er sorgt dafür, daß keine übermäßigen Kosten entstehen und kontrolliert alle Rechnungen, damit Überbeteiligungen vermieden werden. Nach zweijähriger Mitgliedschaft übernimmt der Verein auf Antrag die Kosten der eigentlichen Kremation (30 M.) und bei Unbestimmtheit übernimmt er sogar die sämtlichen Kosten der Feuerbestattung, so lange die hierfür vorhandenen Mittel ausreichen. Der Verein sorgt dafür, daß die Urnenhalle auf dem Nordfriedhof im Innern stets mit Blumen- oder Pflanzenschmuck versehen ist und niedergelegte Kränze an dem Franzgitter befestigt werden. Er hat seinerzeit mit einem Aufwand von 7000 M. die vom Bildhauer Willy Gailmann geschaffene Figur in der Urnenhalle aufstellen lassen, die nicht wenig dazu beiträgt, den Raum künstlerisch schön und feierlich zu gestalten. Auch für das Krematorium hat der Verein manches zur Verschönerung beitragen können, insbesondere durch Stiftung der Orgel die Trauerfeiern würdiger gestaltet. Durch tatkräftige Mitarbeit im Verband der Feuerbestattungsvereine deutscher Sprache hofft der Verein, auch weiter für Ausbreitung der Feuerbestattung wirken und ihr in jeder Beziehung die Gleichberechtigung mit der Erdbestattung verschaffen zu können. Der Beitritt zum Verein kann jederzeit durch einfache Anmeldung beim Bureau Marktstraße 30 erfolgen.

— Die ersten Schnepfen. Dieser Tage wurden in tiefer Gegend die ersten Schnepfen erlegt. Der v. Knoopsche Oberjäger Schürg erlegte deren zwei, der v. Knoopsche Jagdaufseher Lang drei, beide im Distrikt „Rohlfed“.

— Einem Schlaganfall erlegen ist gestern nachmittag in seiner Wohnung der frühere langjährige Kurhaus-Nachtwächter, ehemalige Schreiner und spätere Privatier Karl Gehhardt. Einige Stunden vorher hatte der 73 Jahre alte Mann noch in froher Gesellschaft gewinkt und war dort auch selbst munter und guter Dinge gewesen.

— Geisteskranker Betrüger. Ein ehemaliger Geisteskranker, der in der Heil- und Pflegeanstalt zu Gerborn interniert war, verübt hier Betrügereien, indem er die Angehörigen von Insassen der Anstalt besucht, sich als Pfleger vorstellt und unter dem Namen Sauer Geldbeträge zu erzhimmbeln versucht, was ihm in einigen Fällen auch gelungen ist.

— Zwei Schwindler suchen gegenwärtig in der Umgebung Käufer für eine illustrierte katholische Bibel zu gewinnen, wobei sie ein mit gefälschter Unterschriften katholischer Pfarrer versehenes Empfehlungsschreiben vorweisen. Natürlich ist es ihnen nur um die Anzahlung zu tun.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Königliche Schauspiele. Die Reidenfolge der Abonnementsbuchstaben für die nächste Woche ist folgende: Sonntag aufgebobenes Abonnement, Montag aufgebobenes Abonnement, Dienstag A. Wittvoo C. Donnerstag aufgebobenes Abonnement, Freitag B. Samstag D. Sonntag aufgebobenes Abonnement, Montag C. Die nächsten „Königlichen“ Aufführungen finden am Donnerstag, den 26. d. M. (Anfang 8 Uhr), und Sonntag den 29. d. M. (Anfang 4 Uhr), statt. Der Vorverkauf beginnt Freitag, den 20. d. M. Vorbestellungen werden bereits jetzt entgegengenommen.

* Keltens-Theater. In vollständig neuer Einstudierung durch Dr. Rauch wird am Samstag und Sonntagabend nach längerer Pause das beliebte Lustspiel „Der blinde Passagier“ von Wimmerthal und Adelburg wieder in den Spielplan aufgenommen. Das Lustspiel schildert bekanntlich in ergötzlicher Weise eine Nordlandreise der Viktoria Luise. Am 1. und 3. M. ist auf dem Schiffe selbst das Leben und Treiben der Touristen zu sehen, der 2. Akt spielt an der nordischen Küste. Sonntagnachmittag wird „Kandragala“, das vikente Stützenstück der Renaissancezeit, zu halben Preisen gegeben, abends „Der blinde Passagier“ zum erstenmal wiederholt.

* Kurhaus. Morgen Freitag findet der Kammerkunstabend von Maria Feldard und Max Servt statt. Das beliebte hier bestens bekannte Künstlerpaar hat ein abwechslungsreiches Programm vorgelesen.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsveranstaltungen.

Der Deutsche Verein für Volksbiologie, Ortsgruppe Wiesbaden und Umgebung, veranstaltet heute, 18. März, abends, im Gewerbemuseum einen Vortragabend.

Am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet in Mainz, vom Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, veranstaltet, im Bankeisal der Niederstadt (Große Straße 56), ein Vortrag des Geh. Rat Prof. Dr. Rocholds-Berlin über das Thema: 'Keltisch, Niederdeutsch, Nordisch' statt, zu dem die Mitglieder des Vereins von der Direktion des Zentralmuseums eingeladen worden sind.

Die Generalversammlung des Nassauischen Vereins für Naturkunde fand kürzlich auf besonderem Wunsch getrennt vom Jahresfest im Jubiläumssaal des Regierungsrat Professor Dr. S. Prehnus statt. Der Jahresbericht und widmete dem verstorbenen Vereinsdirektor Geh. Sanitätsrat Dr. Arnold Bogenhoffer einen warmen Nachruf.

Der Vorstand des Vereins für Naturkunde hat kürzlich auf besonderem Wunsch getrennt vom Jahresfest im Jubiläumssaal des Regierungsrat Professor Dr. S. Prehnus statt. Der Jahresbericht und widmete dem verstorbenen Vereinsdirektor Geh. Sanitätsrat Dr. Arnold Bogenhoffer einen warmen Nachruf.

Der Vorstand des Vereins für Naturkunde hat kürzlich auf besonderem Wunsch getrennt vom Jahresfest im Jubiläumssaal des Regierungsrat Professor Dr. S. Prehnus statt. Der Jahresbericht und widmete dem verstorbenen Vereinsdirektor Geh. Sanitätsrat Dr. Arnold Bogenhoffer einen warmen Nachruf.

Der Vorstand des Vereins für Naturkunde hat kürzlich auf besonderem Wunsch getrennt vom Jahresfest im Jubiläumssaal des Regierungsrat Professor Dr. S. Prehnus statt. Der Jahresbericht und widmete dem verstorbenen Vereinsdirektor Geh. Sanitätsrat Dr. Arnold Bogenhoffer einen warmen Nachruf.

Der Vorstand des Vereins für Naturkunde hat kürzlich auf besonderem Wunsch getrennt vom Jahresfest im Jubiläumssaal des Regierungsrat Professor Dr. S. Prehnus statt. Der Jahresbericht und widmete dem verstorbenen Vereinsdirektor Geh. Sanitätsrat Dr. Arnold Bogenhoffer einen warmen Nachruf.

Der Vorstand des Vereins für Naturkunde hat kürzlich auf besonderem Wunsch getrennt vom Jahresfest im Jubiläumssaal des Regierungsrat Professor Dr. S. Prehnus statt. Der Jahresbericht und widmete dem verstorbenen Vereinsdirektor Geh. Sanitätsrat Dr. Arnold Bogenhoffer einen warmen Nachruf.

Der Vorstand des Vereins für Naturkunde hat kürzlich auf besonderem Wunsch getrennt vom Jahresfest im Jubiläumssaal des Regierungsrat Professor Dr. S. Prehnus statt. Der Jahresbericht und widmete dem verstorbenen Vereinsdirektor Geh. Sanitätsrat Dr. Arnold Bogenhoffer einen warmen Nachruf.

Der Vorstand des Vereins für Naturkunde hat kürzlich auf besonderem Wunsch getrennt vom Jahresfest im Jubiläumssaal des Regierungsrat Professor Dr. S. Prehnus statt. Der Jahresbericht und widmete dem verstorbenen Vereinsdirektor Geh. Sanitätsrat Dr. Arnold Bogenhoffer einen warmen Nachruf.

Der Vorstand des Vereins für Naturkunde hat kürzlich auf besonderem Wunsch getrennt vom Jahresfest im Jubiläumssaal des Regierungsrat Professor Dr. S. Prehnus statt. Der Jahresbericht und widmete dem verstorbenen Vereinsdirektor Geh. Sanitätsrat Dr. Arnold Bogenhoffer einen warmen Nachruf.

Der Vorstand des Vereins für Naturkunde hat kürzlich auf besonderem Wunsch getrennt vom Jahresfest im Jubiläumssaal des Regierungsrat Professor Dr. S. Prehnus statt. Der Jahresbericht und widmete dem verstorbenen Vereinsdirektor Geh. Sanitätsrat Dr. Arnold Bogenhoffer einen warmen Nachruf.

Das Unternehmen wird mit den in der Sahnleinschen Fabrikfaktorei seit einiger Zeit vorgenommenen technischen Versuchen in Zusammenhang gebracht.

Concordia, 18. März. Der Männergesang-Verein Concordia begeht am kommenden Samstag bei Mitglied Vorj im Kreise seiner Mitglieder sein 39. Stiftungsfest durch Abhaltung eines Familienabends.

Bierstadt, 18. März. In der Sitzung des Gemeinderats wurde beschlossen, dem Gesuch des Wilhelm Sauer um Anlage eines Kanals vor dem projektierten Neubau an der Hainerstraße nicht stattzugeben.

Kloppenheim, 18. März. Die Wahlen zur Gemeindevertretung finden am Samstagvormittag statt. Die dritte Abteilung wählt von 3 Uhr ab.

Edersheim, 19. März. Ein mit zwei Soldaten besetzter Doppeldecker aus der Koblenzer Flieger-Schule stürzte heute vormittag infolge des schlechten Windganges aus beträchtlicher Höhe ab und wurde vollständig zerstört.

Nassauische Nachrichten.

K. Höchst a. M., 18. März. Mit 39 von 65 Stimmen wurde der Gewerkschaftssekretär Kampert zum Ausschussvorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse gewählt.

Unterliederbach, 18. März. Die Gemeindevertreterwahl der dritten Klasse, in welcher die Sozialdemokraten einen knappen Sieg errungen hatten, ist ungültig erklärt worden.

K. Nied a. M., 18. März. Bei den Gemeindevertreterwahlen wurden in der ersten Klasse Bauunternehmer Gg. Fiedl, Schmiedemeister A. Weidner und Wäldermeister W. Simon 4., in der zweiten Klasse Schreinermeister Joh. Engelhardt und Konsulatskanzler J. Gg. Stip und in der dritten Klasse Zimmerer G. Wender und Schlosser S. Kallenbach gewählt.

H. Hungen, 17. März. Der Pferdeversicherungsverein für den Kreis Hungen feierte sein 25jähriges Bestehen. In diesen 25 Jahren gabte er an Entschädigungen rund 75.000 M. aus und steigerte die Zahl seiner Mitglieder von 14 im Gründungsjahre auf 384 im gegenwärtigen Jubiläumsjahr.

M. Riedheim, 17. März. Die Einnahmen des hiesigen Verkehrsvereins betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 1873 M. und die Ausgaben 1265 M. Der Überschuss stellte sich demnach auf 608 M. In den Vorstand des Vereins wurden die Herren August Weidner und Karl Reier gewählt.

Diez, 19. März. Der Inspektor Widley bei der Strafanstalt Diez ist vom 1. April 1914 ab an das Gefängnis in Anroth versetzt.

S. Gießen, 17. März. Die hiesige Gemeinde will die Überführung aus dem Erlös des Dolkes aus dem Gemeindegeld zur Errichtung einer Holzschleuderei und einer Drechlerei verwenden, die den Ortsbürgern zur allgemeinen Benutzung überlassen werden sollen.

Aus der Umgebung.

Auslieferung eines Gattenmörders aus Amerika.

w. Frankfurt a. M., 18. März. Die Eröffnungskammer der Strafkammer hat heute beschlossen, den unter der Beschuldigung, seine Frau in Philadelphia ermordet zu haben, in Haft befindlichen Italiener Pallantrini auf Ersuchen der Behörde in Philadelphia nach Amerika auszuliefern.

M. Frankfurt a. M., 18. März. Wegen einer Anzahl Beamte der Sittenpolizei schwebt gegenwärtig ein Disziplinarverfahren, das die Beamten gegen sich selbst beantragten.

Die schädlichen Folgen des Rheinhochwassers. w. Duisburg, 18. März. Der Rhein ist von gestern früh bis heute mittag weiter gestiegen. Der Ruhrort Pegel zeigte heute um 10 Uhr vormittags einen Stand von 6,72 Meter, also 5 Meter über dem normalen Stand.

Unwetter und Hochwasser.

Die schädlichen Folgen des Rheinhochwassers. w. Duisburg, 18. März. Der Rhein ist von gestern früh bis heute mittag weiter gestiegen. Der Ruhrort Pegel zeigte heute um 10 Uhr vormittags einen Stand von 6,72 Meter, also 5 Meter über dem normalen Stand.

nach weiter. Die Schwierigkeiten für den Umschlagverkehr werden immer größer, da die Schiffahrt fast ganz eingestellt ist. Da die Eisenbahngleise der Hafenbahn zum Teil unter Wasser stehen, vermögen die noch läufigen Schiffe nur unter großen Schwierigkeiten zu arbeiten.

w. Wesel, 18. März. Das Rheinhochwasser verurteilte hier großen Schaden. Im Hofen stehen sämtliche Lagerhäuser bis zum Dach unter Wasser, einige wurden fortgerissen. In der Hafenstraße reichen die Kluten bis dicht unter die Fenster der Wohnhäuser.

wh. Bremen, 18. März. Infolge der abnormen starken Niederschläge der letzten Tage ist die Weser erneut stark im Steigen begriffen. Die Deichpromenade und die Deichvorländer sind weithin überschwemmt. Es ist ein Hochwasserstand eingetreten, wie er lange nicht beobachtet wurde.

Landberg a. d. W., 18. März. Die Warthe führt Hochwasser. Weite Gebiete sind überschwemmt.

Tetfchen (Eise), 18. März. Aus Nordböhmen, darunter Barnsdorf, Rixdorf und Rumburg, werden Wintergewitter und Schneestürme gemeldet.

Die Orkanstürme am Aralschen Meer.

Petersburg, 18. März. Erst jetzt gelangen hier Einzelheiten der Katastrophe an die Öffentlichkeit, die einen großen Teil des Küstengebietes am Aralschen Meer betroffen hat. Die Zahl der Toten beträgt mindestens 2000, nach anderen Angaben 3000.

Sturm an der französischen Küste.

wh. Dänkirchen, 19. März. Das Unwetter wüthet noch wie vor mit großer Gewalt und richtet überall großen Schaden an. Die Schiffahrt ist vollkommen unterbrochen. Fünfzehn Dampfer liegen im Hafen und können nicht ausfahren.

Letzte Drahtberichte.

Befolgungsfragen in der Budgetkommission.

S. Berlin, 19. März. (Eig. Drahtbericht) In der Budgetkommission des Reichstags gab heute Schatzsekretär Kühn vor der Weiterberatung über die Anträge der Kommissionsmehrheit, bez. die höheren Postbeamten, die Erklärung ab, daß die Regierungen es ablehnen müßten, wesentlichen materiellen Änderungen des Entwurfs zuzustimmen.

Der Kaiser bei Großadmiral v. Tirpitz. wh. Berlin, 19. März. Der Kaiser besuchte heute Vormittag den Großadmiral v. Tirpitz, der heute seinen Geburtstag hat.

Das Ergebnis der 'Roten Woche'.

+ Berlin, 19. März. (Eig. Drahtbericht) Nach einer Meldung des 'Vorwärts' ist die Sozialdemokratie mit dem Ergebnis der 'Roten Woche' sehr zufrieden. In Berlin sind bis Mittwochabend 10.986 Neuanmeldungen angemeldet und rund 8000 'Vorwärts'-Abonnenten gewonnen worden.

Der Konflikt an der Technischen Hochschule in Dresden.

Dresden, 19. März. (Eig. Drahtbericht) Bei der gestrigen Beratung des Kultusrats in der zweiten Kammer kam der fortschrittliche Abgeordnete Günther auf den Konflikt in der Technischen Hochschule in Dresden zwischen der freien Studentenschaft und den Korporationen zurück.

gewiesenen Better mit, in dem es heißt: Wenn du dich für die fortschrittliche Volkspartei betätigst, kannst du nicht verlangen, daß man besondere Rücksicht auf dich nimmt. Du bist eben mit deinen freizeithlichen Ideen unbegreiflich. — Kultusminister Beck bestritt, daß die Politik in diesem Falle eine Rolle gespielt. Von einer Befreiung der fortschrittlichen Volkspartei und einer Vergewaltigung der akademischen Freiheit könne keine Rede sein.

Zusammentritt des päpstlichen Konfistoriums.
wh. Paris, 19. März. Wie das „Echo de Paris“ meldet, hat der Papst bestimmt, daß das nächste Konfistorium in der zweiten Woche nach Ostern stattfindet. Der Papst wird bei diesem mehrere Kardinalnennungen vollziehen, darunter zwei deutsche und drei österreichische. Da Frankreich ausschließlich sechs Kardinals besitzt, so wird wahrscheinlich kein französischer Bischof mit dem Purpur beehrt werden.

England vor einem Bürgerkrieg?
London, 19. März. (Eig. Drahtbericht) Wenn die Meldungen aus der irischen Provinz Ulster, die der „Standard“ jezt täglich veröffentlicht, der Wahrheit entsprechen, so steht England dicht vor dem Bürgerkrieg. Die militärischen Maßregeln, die die Regierung in Irland trifft, beweisen, daß die Kriegsdrohungen und die militärischen Vorbereitungen der Ulsterleute nicht unbedenklich sind. Das Kriegsministerium befürchtet allen Ernstes, so heißt es in dem Blatt, daß die freiwilligen Ulsterregimenter die Absicht haben, die Kasernen zu plündern. Aus diesem Grunde sind in Belfast, Derry, Enniskilling und anderen Garnisonen Befehle des Kriegsministers eingelaufen, doppelte Wachposten aufzustellen und die Kasernen streng zu bewachen. In allen diesen Städten sind große Mengen von Gewehren und Munition untergebracht. Wie verlautet, soll in Belfast vor einigen Tagen auf geheimnisvolle Weise eine große Menge von Munition verschwunden sein.

Grey über die Vertretung im Mittelmeer.
London, 19. März. Bei der gestrigen Beratung des Marinbudgets gab Sir Edward Grey interessante Erklärungen über die Lage im Mittelmeer. Nachdem er an die engeren Bande zwischen Frankreich, England und Rußland, die im Laufe der letzten zwei Jahre einer der wichtigsten Friedensfaktoren gewesen seien, erinnert hatte, betonte er die von dem Ersten Lord der Admiralität, Winston Churchill, erhobenen Beschuldigungen, daß die englische Flotte das Mittelmeer aufgegeben habe und sagte: Ende des Jahres 1913 wird England im Mittelmeer 12 große Einheiten mit ihren Hilfsfahrzeugen haben. Wenn man vielleicht auch eine solche Kombination kritisieren kann, so darf man sie doch keineswegs als ein Aufgeben des Mittelmeeres betrachten und bezeichnen. Sodann kam der Minister auf die letzten Ereignisse nach dem Balkanfrieden zu sprechen und betonte die Bemühungen der britischen Regierung, die Integrität des türkischen Reiches aufrechtzuerhalten. Er wies darauf hin, daß niemals davon die Rede gewesen sei, eine türkische Anleihe zu boykottieren.

Zu dem Attentat der Frau Caillaux.
O Paris, 19. März. (Eig. Drahtbericht) Frau Caillaux wiederholte einem Sekretär ihres Verteidigers

Labori gegenüber, das Bedauern über ihre Tat, sie sei aber die Presse-Campagne wahnwitzig aufgeregt gewesen. Sie habe aber jetzt erkannt, daß sie eine schwere Schuld auf sich geladen, als sie sich bei dem Attentat einem Augenblick der Verwirrung hingab.

Die französische Kabinettskrise.
O Paris, 19. März. (Eig. Drahtbericht) Der heutige Ministerrat wird sich in erster Linie mit der Frage des jeweiligen Rücktritts des Marineministers Roux beschäftigen. Wie schon berichtet, richten sich die Angriffe des Abgeordneten Delahay in der wieder aufgerollten Rochette-Affäre in erster Linie gegen den früheren Ministerpräsidenten und jetzigen Marineminister Roux, der dem Staatsanwalt Fabre im Jahre 1911 die Vertagung des Rochette-Prozesses nahegelegt hat. Die parlamentarische Untersuchungskommission, an deren Spitze Jaurès steht, wird in erster Reihe Herrn Roux über jene Vorgänge vernehmen. Die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder neigt zu der Ansicht, daß der Marineminister seinen einstweiligen Abschied nehmen müsse, zum mindesten so lange, als sich die Untersuchungskommission in Tätigkeit befindet.

Neue Gerüchte über eine Abdankung des Königs von Schweden.

Stockholm, 19. März. (Eig. Drahtbericht) Die radikale Zeitung „Dagens Nyheter“, die dem früheren Ministerpräsidenten Staaff nahesteht, weiß zu erzählen, daß auf verschiedenen Wahlsammlungen im Lande erneute Gerüchte von einer Abdankung des Königs aufgetaucht seien für den Fall, daß die Liberalen im bevorstehenden Wahlkampf nicht unterliegen sollten. Diese Gerüchte gingen sogar soweit, daß sie auch den Entschluß des Kronprinzen, für diesen Fall abzutreten, als sicher bezeichnen.

Zu dem Verdröhen des Dr. Diesel.

München, 19. März. (Eig. Drahtbericht) Von den Münchener Verwandten des Dr. Diesel wird die Nachricht, daß dieser noch am Leben sei und sich nach Kanada begeben habe, aufs entschiedenste dementiert. Frau Diesel, die gleichfalls in Kanada sich aufhalten soll, lebe, wie festgestellt, bei Verwandten in Berlin. Die „München-Augsburger Abendzeitung“, die zuerst die Meldung brachte, Diesel habe sich in Kanada eine neue Existenz gegründet, hat nunmehr diese Behauptung zurückgenommen.

Zu den Grund geböhrt.

Brüssel, 19. März. (Eig. Drahtbericht) In Antwerpen ist heute morgen ein Marconi-Telegramm eingetroffen, wonach der deutsche Passagierdampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ zwischen 1/4 und 1/2 Uhr auf hoher See einen unbekanntem Dreimaster angerannt und in den Grund geböhrt hat. „Kaiser Wilhelm der Große“ hat drei Stunden lang nach den Mannschaften des untergegangenen Schiffes gesucht, die Nachforschungen blieben jedoch ergebnislos, was dem herrschenden dichten Nebel zuzuschreiben ist. Erst dann setzte „Kaiser Wilhelm der Große“ seine Fahrt fort. Er soll bei dem Zusammenstoß keinerlei Beschädigungen erlitten haben.

Industrie und Handel.

w. Die Kaliwerke Aschersleben erzielten für das Geschäftsjahr 1913 einen Gewinn von 2978 325 M. gegen 4 970 269 M., in denen aber 2 120 000 M. Entschädigung wegen des Rücktritts von den amerikanischen Lieferungsverträgen enthalten waren, die Abschreibungen betragen 4 694 509 M. gegen 1 685 757 M., bei weichen dieses Jahr das Konto „Rückstellung für Neuanlagen“ von 3 988 135 M. aufgelöst wird, und der Reingewinn 1 623 927 Mark gegen 2 766 104 M. Die Dividende wird mit 10 Proz. (wie i. V.) vorgeschlagen.

w. Skodawerke. Wien, 18. März. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates der Skodawerke, A.-G., wurde die Bilanz vorgelegt. Nach den Abschreibungen von Anlagewerten im Betrage von 3 060 377 Kronen ergibt sich ein Reingewinn von 7 027 170 Kronen (gegen 5 389 336 Kronen i. V.). Der Verwaltungsrat beschloß, in der auf den 21. April einzu-berufenden Generalversammlung zu beantragen, eine Dividende von 15 Proz. gleich 30 Kronen (gegen 14 Proz. gleich 28 Kronen im Vorjahr) zu verteilen, 500 000 Kronen (wie im Vorjahr) dem Reservefonds zuzuweisen, so daß dieser die statutarische Höhe von 4 Millionen Kronen erreicht, und auf neue Rechnung 694 021 Kronen vorzutragen.

Die Nähmaschinen- und Fahrradfabrik Bernh. Stöwer, A.-G. in Stettin, wird eine Dividende von 10 Proz. (i. V. 13 Proz.), ferner eine Kapitalerhöhung um 1/2 Million auf 3 Millionen Mark beantragen. Die neuen Aktien sollen, wie verlautet, zu etwa 180 Proz. den Aktionären zum Bezuge angeboten werden.

w. Der Abschluß des amerikanischen Stahltrasts. New York, 18. März. Nach dem Jahresabschluß der U. S. Steel Corporation für das Jahr 1913 betragen die Umsätze 796 894 009 Dollar gegen 745 506 000 Dollar im Vorjahr und 615 149 000 Dollar im Jahre 1911. Die Gesamteinnahmen nach Abzug aller Aufwendungen für den Betrieb beliefen sich auf 147 167 000 Dollar gegen 108 175 000 Dollar im Vorjahr und 104 805 000 Dollar im Jahre 1911. Der Reingewinn stellte sich auf 105 321 000 Dollar gegen 77 075 000 Dollar im Vorjahr und 78 325 000 Dollar im Jahre 1911. Das Surplus für das Jahr 1913 beträgt nach Abzug von 15 Millionen Dollar für Verbesserungen usw. 15 582 000 Dollar gegen 3 605 000 Dollar im Vorjahr und 4 685 000 Dollar im Jahre 1911.

w. Das Blechwerkwerk Schels v. Kasand, A.-G., beschloß, der Generalversammlung 4 Proz. Dividende (gegen 8 Proz. im Vorjahr) vorzuschlagen.

w. Die Rio Tinto Company verteilt eine Schlußdividende von 55 sh.

Die Süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft vereinnahmte im Februar 605 334 M. (gegen 1913 + 47 201 M.); seit 1. April 8 656 118 M. (+ 712 458 M.). Die Kalkbrüherungen in Lippe-Deimold, die nach einem Staatsvertrage mit der Bankfirma Gumpel (Hannover) von dieser ausgeführt worden sind, haben nach einer Mitteilung der Staatsregierung in der gestrigen Sitzung des lippe-schen Landtages, keinen Erfolg gehabt. Die Bohrungen sind nach mehrtägigen großen Opfern eingestellt und damit die von Staats gezeigten Kalkhoffnungen wohl endgültig begraben.

Verkehrswesen.

* Königl. Holländischer Lloyd. Wie uns mitgeteilt wird, hat der neue Schnelldampfer „Tubantia“ am 12. d. M. seine Probefahrt mit großem Erfolg beendet. Es wurde eine

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

19. März, 9 Uhr vormittags.

3 = sehr leicht, 2 = leicht, 1 = schwach, 0 = mäßig, -1 = frisch, -2 = stark, -3 = steif, 4 = stürmisch, 5 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Table with columns: Beob.-Station, Barom., Wind-Richtung u. Stärke, Wetter, Therm. Cel., Beob.-Station, Barom., Wind-Richtung u. Stärke, Wetter, Therm. Cel. Includes locations like Berlin, Hamburg, Wien, etc.

Beobachtungen in Wiesbaden

Von der Wetterstation des Nasen-Vereins für Naturkunde.

Table with columns: 19. März, 7 Uhr morgens, 2 Uhr nachm., 9 Uhr abends, Mittel. Includes data for Barometer, Thermometer, etc.

Wettervoraussage für Freitag, 20. März 1914,

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Veränderlich, zeitweise geringe Niederschläge, tagsüber wärmer, westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

am 19. März:

Hiebrich, Pegel: 4,07 m gegen 4,05 m am gestrigen Vormittag



Bei Verdauungsbeschwerden nervöser Art kommt sehr viel auf eine richtige, den geschwächten Verdauungsorganen angepaßte Ernährung an. Das altbekannte Nahrungsmittel „K u f e l e“ hat sich hierbei hervorragend bewährt, es regt den Appetit und die Verdauungssträfte an, die Patienten fühlen sich bald frischer, kräftiger und nehmen regelmäßig an Gewicht zu. P52

Zur Entfernung lästiger Haare

auf Lippen, Kinn, Armen usw. je am besten etwa mit diesem entzündenden Schönheitsmittel behafteter Leberinnen nachstehend ein Rezept veröffentlicht, das den Vorteil hat, einfach in der Anwendung, von vorzüglicher, sonst unschätzblicher Wirkung und dabei nicht zu teuer zu sein. Schon der einmalige Gebrauch bringt lästige Haare auf der behandelten Stelle zum Absterben und ein etwaiger Nachwuchs wird so beeinträchtigt, daß die wiederholte Anwendung seinem Auswachsen ein wirksames Fatale bietet. Lassen Sie sich in der Apotheke oder Drogerie 16 gr. konzentriertes Salkavan mit 10 gr. Zinkoxyd und 4 gr. gepulverten Weizenmehl gut vermischen und in einer weithalsigen 30 gr. Flasche geben, die gut zu verkorken ist. Dann verfährt man wie folgt: Man mischt ein wenig Pulver mit ein paar Tropfen Wasser zu einem flüssigen Creme, trägt diesen vermittelst eines kleinen Messers auf, beläßt ihn je nach der Stärke des Haars 1—3 Minuten und nimmt ihn dann mit dem stumpfen Messerrücken ab; die gestochenen Haare gehen mit herunter. Dann wäscht man mit etwas warmem Wasser nach, trocknet die Stelle ohne zu reiben und bemüht zum Schluß einen guten fettfreien Creme. P 184

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ Berlin, 19. März. (Eig. Drahtbericht) Die Nachrichten aus Amerika, z. B. über die Einleitung eines neuen Prozesses gegen die Antrazit-Kohlenbahnen und die Dividendensuspensionen bei verschiedenen Gesellschaften, sowie die Mitteilungen über den Verlauf der Berliner Schiffahrtskonferenz hielten die Stimmung unter Druck. Weiterhin griff auf börsentechnische Maßnahmen eine allgemeine Erholung Platz, da die bestehenden großen Baus-Engagements Anlaß zu Deckungen geben, namentlich auf dem Mortanmarkt. Auch wirkten die Aussichten, betr. das Zustandekommen verschiedener großer Verbände, günstig ein. Die von amerikanischen Robbenmarkt gemeldete Preiserhöhung blieb nicht ohne Einfluß. Ferner verwies man auf die freundliche Tendenz der amerikanischen Rede. Amerikanische Bahnen allgemein behauptet. Das Geschäft blieb still. Geldsätze unverändert. Die Seehandlung gab Geld zu 4 1/2 Proz. und vom 26. März bis 30. April zu 4 1/2 Proz. Privatliskont 3 1/2 bzw. 3 1/2 Proz. (gestern 3 1/4 bzw. 3 1/2 Proz.).

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 19. März. (Eig. Drahtbericht) Auch heute fehlt es an Anregungen für die Börse. Politisch hat sich nichts ereignet, was Besorgnisse erregen könnte, und von New York aus ist eine lebhaftere Geschäftsbewegung vorläufig nicht zu erwarten. Man schöpfte eine gewisse Hoffnung aus den vorliegenden Meldungen, wonach in Mexiko eine Besserung der wirt. Verhältnisse zu erwarten sei. Und im Zusammenhang mit den Erklärungen Sir Edward Greys hielt die freundliche Stimmung zunächst an. Am Mortanmarkt, der zurzeit ausschlaggebend für die Tendenz ist, wurde heute der Rückgang des deutschen Außenhandels im Monat Februar beachtet. Die Umsätze waren sehr bescheiden. Deutsch-Luxemburger standen, wie in den letzten Tagen, im Angebot. Der Austritt der Deutschen Bank aus dem Finanzkonsortium der Gesellschaft scheint nicht zu befriedigen. In Phönix-Bergbau war das Geschäft still. Geisenkirchen schwächer. Schiffahrtswerte zeigten in Anbetracht des zweifelhaften Ausgangs der Poolverhandlungen eine reservierte Haltung. Lloyd und Pakelfahrt schwächer. Von Transportwerten waren Amerikaner gut behaltend. Elektroaktien schwächen sich mäßig ab. Das Geschäft in Bankaktien war minimal. Heimische Anleihen sind behauptet. In ausländischen Fonds waren die Kursveränderungen belanglos. Die Stimmung blieb in Anbetracht der geringen Geschäftslust still. Die Börse schloß ruhig. Privatliskont 3 1/2 Proz. (gestern 3 1/4 Proz.).

Banken und Geldmarkt.

Die Mitteldeutsche Creditbank veröffentlicht in der vorliegenden Nummer ihre Bilanz für das Geschäftsjahr 1913. w. A. Schaaffhausenscher Bankverein. Köln, 18. März. In der heutigen Generalversammlung des A. Schaaffhausenschen Bankvereins wurden die verschiedenen Punkte der Tagesordnung erledigt und sämtliche Anträge der Verwaltung einstimmig genehmigt. Vertreten waren 140 Aktionäre mit 1 083 500 Stimmen. Die aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Herren wurden wiedergewählt mit Ausnahme von Geheimrat Eugen Gutmann, der wegen seines hohen Alters von einer Wiederwahl abzusehen wünschte. Neu hinzugewählt wurde Kommerzienrat Albert Heimann.

Geschwindigkeit von 17 1/2 Meilen erreicht. Die „Tubantia“ liegt zurzeit im Amsterdamer Hafen und wird voraussichtlich am 8. April d. J. ihre erste Reise nach Südamerika antreten. Durch Einstellung dieses neuen Dampfers ist der Lloyd mit seinen 5 Schnelldampfern in der Lage, einen regelmäßigen 14tägigen Dienst zu unterhalten.

Marktberichte.

Fruchtmarkt zu Wiesbaden vom 19. März. Preise für 50 kg Hafer, höchster Preis 8,50 M., niedrigster Preis 8,30 M., Durchschnittspreis 8,40 M., Heu, höchster Preis 3,50 M., niedrigster Preis 2,80 M., Durchschnittspreis 3,21 M., Rindstroh, höchster Preis 2 M., niedrigster Preis 2 M., Durchschnittspreis 2 M., Krummstroh, höchster Preis 2 M., niedrigster Preis 2 M., Durchschnittspreis 2 M. Angefahren waren 3 Wagen mit Hafer, 9 Wagen mit Heu und 4 Wagen mit Stroh.

Fruchtmarkt zu Limburg vom 17. März. Roter Weizen (Nassauscher) per Malter 16,40 M., Weißer Weizen (angebauter Frondsorten) per Malter 15,90 M., Korn per Malter 12 M., Futtergerste per Malter 9 M., Braugerste per Malter 10,70 M., Hafer per Malter 8 M., Kartoffeln per Malter 2,20 M., Butter per Pfund 1,15 M., Eier per Stück 7 Pf.

Konkurs-Nachrichten

aus den O.-L.-G.-Bez. Darmstadt, Frankfurt a. M., Kassel.

Table with columns: Name (Firma), Wohnort (Amtsgericht), Konkursverwalter, Bez. d. Konkurs, Anz. d. Gläubiger, Anz. d. Gläubiger, Anz. d. Gläubiger, Anz. d. Gläubiger. Includes entries for Offene Handelsgesellschaft Kassel, Heinrich Wagner, Kfm. Konrad Heer, etc.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten.

Übersetzungen: H. Ogerborn

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Ogerborn. Für den Inhalt: H. Ogerborn. Für den Druck: H. Ogerborn. Für die Anzeigen: H. Ogerborn. Für die Anzeigen: H. Ogerborn. Für die Anzeigen: H. Ogerborn.

Erscheinung der Redaktion: 19 bis 1 Uhr, in der politischen Abteilung den 10 bis 11 Uhr.

